

Bankwesengesetz (BWG)

4., neu bearbeitete Auflage

herausgegeben von

DDr. H. René Laurer

em. Rechtsanwalt und Universitätsprofessor

MMag. Melitta Schütz

Bundesministerium für Finanzen, Wien

Prof. (FH) Dr. Armin Kammel,

LL. M., MBA

Lauder Business School, Wien

Univ.-Prof. DDr. Thomas Ratka,

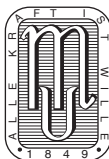
LL. M.

Donau-Universität Krems

4. Auflage

Titelei

(2. Ausgabe)



Wien 2017

MANZ'sche Verlags- und Universitätsbuchhandlung

Zitiervorschlag:

Bearbeiter in Laurer/M. Schütz/Kammel/Ratka, BWG⁴ § . . . Rz . . .

Napokoj in Laurer/M. Schütz/Kammel/Ratka, BWG⁴ § 25 Rz 2

Alle Rechte, insbesondere das Recht der Vervielfältigung und Verbreitung sowie der Übersetzung, vorbehalten. Kein Teil des Werkes darf in irgendeiner Form (durch Fotokopie, Mikrofilm oder ein anderes Verfahren) ohne schriftliche Genehmigung des Verlages reproduziert oder unter Verwendung elektronischer Systeme gespeichert, verarbeitet, vervielfältigt oder verbreitet werden. Sämtliche Angaben in diesem Werk erfolgen trotz sorgfältiger Bearbeitung ohne Gewähr; eine Haftung der Herausgeber, der Autorinnen und Autoren sowie des Verlages ist ausgeschlossen.

ISBN 978-3-214-16960-2

© 2017 MANZ'sche Verlags- und Universitätsbuchhandlung GmbH, Wien

Telefon: (01) 531 61-0

E-Mail: verlag@manz.at

www.manz.at

Druck: Prime Rate Kft., Budapest

Vorwort zur 4. Auflage

Seit Erscheinen der 3. Auflage dieses Kommentars zum Bankwesengesetz sind nun fast zwei Jahrzehnte ins Land gezogen. Während die vorangegangene 2. Auflage vergleichsweise noch als „Kurzkomentar“ bezeichnet worden war, wurde die 3. Auflage, wenn schon nicht zu einem Großkommentar, so doch zu einem „großen Kommentar“ ausgebaut: Nicht weniger als 22 Novellen waren damals einzuarbeiten, sodass sich das Werk de facto verdoppelte. Gewissermaßen als Fortsetzung dieser Entwicklung, befeuert durch die umfassende regulatorische Antwort auf die globale Finanzkrise (*Global Financial Crisis/GFC*) wurden die Herausforderungen für die vorliegende 4. Auflage nicht geringer. Im Gegenteil, die massiven Auswirkungen des sogenannten „Basel III-Rahmenwerks“, umgesetzt in den *Capital Requirements Directives* (CRD) III bis V sowie der *Capital Requirements Regulation* (CRR) I und II führten – neben vielen inhaltlichen Neuerungen – nicht nur zu systematischen Verschiebungen im österreichischen Bankrecht, sondern auch zu einem signifikanten Anstieg direkt anwendbarer EU-Normen im nationalen Recht. Besonders einschneidend war auch der Erlass vieler direkt wirksamer EU-Verordnungen und sonstiger EU-Vorschriften, die bei der Erstellung eines Kommentars zu BWG und CRR zu berücksichtigen sind.

Auch die Änderungen durch die neue Aufsichtsstruktur im Rahmen der sogenannten „Bankenunion“, umgesetzt durch die *Single Supervisory Mechanism Regulation* (SSM-V), durch die der EZB – mit wenigen Ausnahmen – die Zuständigkeit für den Aufsichtsrahmen bei CRR-Kreditinstituten zugesprochen wurde, stellen die tradierten Zugänge zum Bankrecht vor neue Herausforderungen. Seit Ende 2014 wurden die signifikanten Banken direkt der Aufsicht der EZB unterstellt, während bei nicht-signifikanten Banken zwar der SSM-Aufsichtsrahmen anzuwenden ist, diese aber nach wie vor der nationalen Bankenaufsicht und somit nur indirekt der EZB-Aufsicht unterliegen. Außer natürlich in jenen Fällen, in denen eine *Common Procedure* Anwendung findet und die FMA letztlich auch bei nicht-signifikanten Banken in Ausführung einer bindenden Vorgabe der EZB tätig wird. Wobei für Sonderbanken natürlich weiterhin ausschließlich die FMA zuständig ist.

Neben der EZB hat sich seit der letzten Auflage auch die EBA zu einem immer wichtigeren Akteur entwickelt, der über die Vorbereitung direkt anwendbarer Rechtsakte der EK, über Leitlinien, Interpretationen und sonstige Aktivitäten Einfluss auf die Interpretationspraxis von BWG und CRR nimmt und die Vertiefung des EU-Aufsichtsrecht durch das *Single Rule Book* vorantreibt. Mit dem ESRB ist eine weitere Institution zu nennen, der in der makroprudenziellen Aufsicht eine wichtige Rolle zukommt. Der mikroprudenzielle Ansatz wurde durch eine makroprudenzielle Aufsicht ergänzt, bei denen auf nationaler Ebene auch dem FMSG und der OeNB Aufgaben zukommen.

Auch der einheitliche Abwicklungsmechanismus für Banken führte – neben der Einrichtung von Abwicklungsbehörden und der Festlegung von Kompetenzen bei einer Schieflage von Banken – im Sanierungs- und Abwicklungsfall (*gone concern*) zu neuen Herausforderungen auch für die Bankenaufsicht, die im nationalen Recht mit dem BaSAG umgesetzt wurden und in der Zusammenschau mit der *Single Resolution Mechanism Regulation* (SRM-V) zu lesen sind. Auch die Änderungen in der Neuausrichtung der Einlagensicherung und Anlegerentschädigung, die traditionelle Teile des BWG ins ESAEG verschob, soll unterstreichen,

Laurer/M. Schütz/Kammel/Ratka (Hrsg), BWG, Titelei

(III)

welch signifikanten Veränderungsprozess das Bankrecht durchlaufen hat, die jedoch alle in der vorliegenden Auflage reflektiert sind.

Vor diesem Hintergrund haben die Herausgeber mit der 4. Auflage bewusst den Weg gewählt, den Kommentar zum Bankwesengesetz in einen Kommentar zum BWG und der CRR zu erweitern, um so dem Leser die Zusammenhänge und praktischen Auswirkungen dieser Regularien in strukturierter Art und Weise aufzubereiten. Mit der Kommentierung der CRR liegt nunmehr die erste Kommentierung dieses für Banken wesentlichen Rechtsaktes in Österreich vor.

Im Gegensatz zu früheren Auflagen wird seit der 4. Auflage auch ein Herausgeberteam eingesetzt: Der Autor, ohne den es das BWG-Kommentar wohl gar nicht geben würde, *H. René Laurer*, emeritierter Rechtsanwalt und Universitätsprofessor, und eine weitere Autorin der Voraufgabe, *Melitta Schütz* vom Bundesministerium für Finanzen, übernahmen auch Herausgebertätigkeiten. Ergänzt wurde das Herausgeberteam durch *Armin J. Kammel* von der Law School Vienna bzw der Donau-Universität Krems (DUK) und *Thomas Ratka*, von der Donau-Universität Krems (DUK).

Wir danken den Autorinnen und Autoren, die in Zeiten massiver und permanenter Änderungen im Bankenrecht inmitten der diversen Krisen und Umbrüche, sich dennoch der Herausforderung gestellt haben, hochwertige Kommentierungen zu entwickeln. Ohne ihre Beiträge wäre es nicht möglich gewesen, diese Publikation umzusetzen.

Die Herausgeber danken dem Verlag Manz für die wie immer vertrauensvolle Zusammenarbeit; Herr Mag. *Christian Giendl* als verantwortlicher Koordinator und Frau MMag. *Astrid Trawöger* als Lektorin leisten Großartiges, um die laufenden Lieferungen zustande zu bringen. Frau Mag. Dr. *Lisa Jost*, BA und Frau Mag. *Victoria Michler* von der Donau-Universität Krems danken wir für die akribische Durchsicht vieler Manuskripte, das engagierte Projektmanagement und das Verfassen von Abkürzungs- und Stichwortverzeichnis.

Wien, im Oktober 2021

H. René Laurer
Melitta Schütz
Armin J. Kammel
Thomas Ratka

Verzeichnis der Autorinnen und Autoren

Dr. **Clemens Billek**, Lektor, Donau Universität Krems

Mag. **Ewelina Boula**, Abteilung für Banken- und Kapitalmarktrecht, Bundesministerium für Finanzen

Mag. **Veronika Böhm** (vormals **Geschev**), PHH Rechtsanwälte

Mag. **Alina Czerny**, WP/StB, apc Wirtschaftsprüfung & Steuerberatung

Dr. **Franz Diboky**, Abteilung für Europäische Großbankenrevision, Oesterreichische Nationalbank

Ermina Dobesch (vormals Prnjavorac), M.A., Associate Financial Analyst – Large Corporates, Erste Group Bank AG

Dr. **Bernhard Egger**, Geschäftsführer-Stv. der WKÖ-Bundessparte Bank und Versicherung

Dr. **Tibor Fabian**, Partner bei Binder Grösswang Rechtsanwälte GmbH

Dr. **Laurenz Fleischmann**, LL.M. (LSE), Bankenaufsicht, Finanzmarktaufsicht

Dr. **Bernd Fletzberger**, Partner bei PFR Rechtsanwälte

Mag. **Philipp Frenzl**, Rechtsanwalt und Partner bei Völkl Rechtsanwälte

Timo Frömmel, LL.M. (WU), Abteilung für Banken- und Kapitalmarktrecht, Bundesministerium für Finanzen

Mag. **Magdalena Friedrich**, Institut für Wirtschaftsrecht, Universität Liechtenstein

Dr. **Thomas Gaber**, Partner und Advisory bei KPMG Austria

Mag. **Stefan Gutbrunner**, Rechtsanwalt bei CHG Czernich Rechtsanwälte

Mag. **Roman Hametner**, Director of EU Regulatory Affairs, Erste Group Bank EU Liaison Office

Dr. **Andrea Harrich**, Senior Associate bei CHSH Rechtsanwälte GmbH

Dr. **Ursula Hauser-Rethaller**, Abteilung für horizontale Bankaufsichtsangelegenheiten, Finanzmarktaufsicht

Dr. **Stephan Heckenthaler**, LL.M. (NYU), Partner bei Binder Grösswang Rechtsanwälte GmbH

ao. Univ.-Prof. DDr. **Rainer van Husen**, Institut für Unternehmens- und Wirtschaftsrecht, Universität Wien

Dr. **Friedrich Jergitsch**, Partner bei Freshfields Bruckhaus Deringer

Dr. **Lisa Jost**, BA, wissenschaftliche Mitarbeiterin am Department für Rechtswissenschaften und Internationale Beziehungen der Donau-Universität Krems

Prof. (FH) Dr. **Armin Kammel**, LL.M. (London), MBA (CLU), Professor für Bankrecht und Finanzmarktregulierung an der Lauder Business School (LBS) in Wien; Ehrenprofessor an der Donau-Universität Krems; allgemein beeideter und gerichtlich zertifizierter Sachverständiger für Bank- und Börsewesen

Laurer/M. Schütz/Kammel/Ratka (Hrsg.), BWG, Titelei

(V)

Verzeichnis der Autorinnen und Autoren

Mag. **Stella Klepp**, Senior Manager bei KPMG Alpen-Treuhand GmbH Wirtschaftsprüfungs- und Steuerberatungsgesellschaft

Dr. **Peter Knobl**, Partner, Financial Services Regulation, CERHA HEMPEL Rechtsanwälte GmbH, Wien

MMag. **Stephanus Kogler**, Senior Manager, FSI Advisory Deloitte Financial Advisory GmbH

Mag. **Florian Krösl**, Europäische Kommission

Mag. **Florian Lang**, Jurist, Abteilung Recht & Compliance, 3 Banken-Generali Investment-Gesellschaft m.b.H.

DDr. **H. René Laurer**, em. Rechtsanwalt und Universitätsprofessor

Mag. **Gerald Lederer**, BA, Rat der Europäischen Union

Assistenz Prof. Dr. **Gabriel Lentner**, Assistenzprofessor am Department für Rechtswissenschaften und Internationale Beziehungen, Donau-Universität Krems

Benjamin Machajdik MA, Abteilung für Banken- und Kapitalmarktrecht, Bundesministerium für Finanzen

ao. Univ.-Prof. Mag. Dr. **Roland Mestel**, Universitätsprofessor für Betriebswirtschaft, stv. Vorstand am Institut für Banken und Finanzierung, Universität Graz

Martin Mikulik, MBA, CPM, Geschäftsführer und Gründer, MFC Mikulik Finance Consulting GmbH

Dr. **Elke Maria Napokoj** LL.M. (London), Partner und Co-Head der Praxisgruppe Corporate/M&A von bpv Hügel Rechtsanwälte

Mag. **Paul Pitnik**, Abteilung für Banken- und Kapitalmarktrecht, Bundesministerium für Finanzen

Mag. **Georg Puntus**, Finanzmarktaufsicht, Abteilung I/1

Prof. Dr. **Nicolas Raschauer**, HSSH Schaffhausen, Schweiz

Univ.-Prof. DDr. **Thomas Ratka**, LL.M., Universitätsprofessor für Europarecht und Medizinrecht und Leiter des Departments für Rechtswissenschaften und Internationale Beziehungen, Donau-Universität Krems

Mag. **Angelo Sacilotto**, juristischer Mitarbeiter am Bundesverwaltungsgericht

Mag. **Roland Salomon**, stv. Abteilungsleiter Aufsicht über Dezentral Organisierte Kreditinstitute, Finanzmarktaufsicht

Priv.-Doz. Mag. Dr. **Alexander Schiebel**, Leitung Kompetenzzentrum für Bilanzierung und Risikomanagement in der Revisionsabteilung, Österreichischer Raiffeisenverband

Dr. **Christian Schiele**, Leiter Regulatory Affairs, Wüstenrot Gruppe

MMag. **Andreas Schirk**, Bankenregulierung und Aufsicht, Europäische Kommission

Mag. **Robert Schmidbauer**, LL.M. (Manchester), Head of Group Secretariat, Erste Group Bank AG

Dr. **Philipp Schrader**, Partner bei E+H Eisenberger + Herzog Rechtsanwälts GmbH

Priv.-Doz. Dr. **Alfred Schramm**, Internationale Angelegenheiten und Europäische Integration, Finanzmarktaufsicht

(VI)

Laurer/M. Schütz/Kammel/Ratka (Hrsg), BWG, Titelei

MMag. **Melitta Schütz**, Abteilung für Banken- und Kapitalmarktrecht, Bundesministerium für Finanzen

Mag. **Viktoria Maria Steffen**, MSc., Universitätsassistentin am Institut für Banken und Finanzierung der Universität Graz

Priv.-Doz. Dr. **Thomas Stern**, MBA, stv. Leiter Bankenaufsicht der FMA Liechtenstein und Privatdozent an der Universität Liechtenstein.

MMag. Dr. **Matthias Trost**, LL.B. (WU), Geschäftsleiter Marktfolge, Raiffeisenbank Region Schwechat eGen

Ing. Dr. **Christoph Urbanek**, Rechtsanwalt und Partner bei Schindler Attorneys

Dr. **Clemens Völkl**, Völkl Rechtsanwälte GmbH & Co KG

Mag. **Herwig Ziebmayer**, Auditor, Erste Group Bank AG

Paragrafenübersicht

Bundesgesetz über das Bankwesen

(Bankwesengesetz – BWG)

idF BGBl I 2021/98

I. Abschnitt: Allgemeine Bestimmungen

- § 1. Kredit- und Finanzinstitute
- § 1 a. Geltung der Verordnung (EU) Nr. 575/2013
- § 2. Begriffsbestimmungen
- § 3. Ausnahmen

II. Abschnitt: Konzession

- §§ 4 und 5. Konzessionserteilung
- § 5 a. Zwischengeschaltetes EU-Mutterunternehmen
- § 6. Konzessionsrücknahme
- § 7. Erlöschen der Konzession
- § 7 a. Auflösung eines Kreditinstitutes
- § 7 b. Konzessionserteilung bei Finanzholdinggesellschaften und gemischten Finanzholdinggesellschaften
- § 8. Konzessionsmitteilungen

III. Abschnitt: Niederlassungs- und Dienstleistungsfreiheit

- § 9. Kreditinstitute aus Mitgliedstaaten in Österreich
- § 9 a. *[aufgehoben durch BGBl I 2007/60]*
- § 10. Österreichische Kreditinstitute in Mitgliedstaaten
- § 10 a. Grenzüberschreitende Spaltung
- § 11. Finanzinstitute aus Mitgliedstaaten in Österreich
- § 12. *[aufgehoben durch BGBl 1996/445]*
- § 13. Tochterunternehmen von Finanzinstituten aus Mitgliedstaaten in Österreich
- § 13 a. Österreichische CRR-Finanzinstitute in Mitgliedstaaten
- § 14. Tochterunternehmen österreichischer CRR-Finanzinstitute in Mitgliedstaaten
- §§ 15 bis 17. Aufsicht im Rahmen der Niederlassungs- und Dienstleistungsfreiheit
- § 18. Bedeutende Zweigstellen
- § 19. Zustellungen

IV. Abschnitt: Eigentümerbestimmungen und Bewilligungen

- § 20. Qualifizierte Beteiligungen an Kreditinstituten
- § 20 a. Verfahren für die Beurteilung

- § 20 b. Kriterien für die Beurteilung
- § 21. Bewilligungen
- § 21 a. Ergänzende Anforderungen bei Verfahren
- § 21 b. Maßnahmen zur Begrenzung systemischer Risiken in der Immobilienfinanzierung
- §§ 21 c bis 21 h. *[aufgehoben durch BGBl I 2013/184]*

V. Abschnitt: Kapitalerhaltungspuffer, Kapitalerhaltungsmaßnahmen und makroprudenzielle Instrumente

1. Unterabschnitt: Kapitalerhaltungspuffer und kombinierte Kapitalpufferanforderung

- § 22. Kapitalerhaltungspuffer
- § 22 a. Kombinierte Kapitalpufferanforderung

2. Unterabschnitt: Makroprudenzielle Instrumente

- § 23. Makroprudenzielle Aufsicht innerhalb des einheitlichen Aufsichtsmechanismus
- § 23 a. Kapitalpufferanforderung für den antizyklischen Kapitalpuffer
- § 23 b. Anerkennung von Kapitalpufferanforderungen für antizyklische Kapitalpuffer
- § 23 c. Kapitalpufferanforderung für Global Systemrelevante Institute
- § 23 d. Kapitalpufferanforderung für Systemrelevante Institute
- § 23 e. Kapitalpufferanforderung für den Systemrisikopuffer
- § 23 f. Anerkennung von Kapitalpufferanforderungen für Systemrisikopuffer
- § 23 g. Nationale Maßnahmen zur Begrenzung des systemischen Risikos
- § 23 h. Maßnahmen zur Begrenzung systemischer Risiken aus der Immobilienfinanzierung

3. Unterabschnitt: Kapitalerhaltungsmaßnahmen

- § 24. Ausschüttungsbeschränkungen
- § 24 a. Kapitalerhaltungsplan
- § 24 b. Nichterfüllung der kombinierten Kapitalpuffer-Anforderung
- § 24 c. Ausschüttungsbeschränkungen im Falle der Nichterfüllung der Anforderung an den Puffer der Verschuldensquote
- § 24 d. Nichterfüllung der Anforderung an den Puffer der Verschuldungsquote

VI. Abschnitt: Ordnungsnormen

1. Unterabschnitt: Auslagerung

- § 25. Auslagerung

2. Unterabschnitt: Gesellschaftsrecht

- § 26. Bedingte Pflichtwandelschuldverschreibungen
- § 26 a. Instrumente ohne Stimmrecht
- § 26 b. Einziehung von Eigenmitteln
- § 27. Besondere Vorschriften für Kreditgenossenschaften
- § 27 a. Liquiditätsverbünde

3. Unterabschnitt: Organe

- § 28. Organgeschäfte

(X)

Laurer/M. Schütz/Kammel/Ratka (Hrsg), BWG, Titelei

- § 28 a. Besondere Vorschriften für Organe von Kreditinstituten
- § 28 b. Besondere Pflichten der Organe bei Krediten
- § 29. Nominierungsausschuss

4. Unterabschnitt: Gruppenbetrachtung

- § 30. Kreditinstitutsgruppe und FMA als konsolidierende Aufsichtsbehörde
- § 30 a. Kreditinstitute-Verbund
- § 30 b. Freistellung von der Anwendung der Eigenmittelanforderungen auf Einzelbasis
- § 30 c. Freistellung von der Anwendung der Liquiditätsanforderungen auf Einzelbasis
- § 30 d. Beaufsichtigung gemischter Finanzholdinggesellschaften

VII. Abschnitt: Spareinlagen

- § 31. Sparurkunden
- § 32. Einzahlungen, Auszahlungen und Verzinsung

VIII. Abschnitt: Verbraucherbestimmungen

- § 33. Besondere Vorschriften für Hypothekar- und Immobilienkreditverträge
- § 34. Verbrauchergirokontoverträge
- § 35. Preisangaben
- § 36. Geschäftsbeziehungen zu Jugendlichen
- § 37. Wertstellung
- § 37 a. Einlagensicherung

IX. Abschnitt: Bankgeheimnis

- § 38. Bankgeheimnis

X. Abschnitt: Sorgfaltspflichten und Informationsweitergabe zur Verhinderung der Geldwäscherei und Terrorismusfinanzierung

- § 39. Allgemeine Sorgfaltspflichten
- § 39 a. Kreditinstitutseigene Verfahren zur Bewertung der Eigenkapitalausstattung
- § 39 b. Grundsätze der Vergütungspolitik und -praktiken
- § 39 c. Vergütungsausschuss
- § 39 d. Risikoausschuss
- § 39 e. Beschwerdeabwicklung
- §§ 40 bis 40 d. *[aufgehoben durch BGBl I 2016/118]*
- § 41. Meldepflichten

XI. Abschnitt: Interne Revision

- § 42. Interne Revision

XII. Abschnitt: Rechnungslegung

- §§ 43 und 44. Allgemeine Bestimmungen
- §§ 45 bis 50. Allgemeine Ausweisvorschriften zur Bilanz

Paragrafenübersicht

- § 51. Vorschriften zu einzelnen Bilanzposten
- §§ 52 bis 54. Besondere Vorschriften zu einzelnen Posten der Gewinn- und Verlustrechnung
- § 54 a. Außerordentliche Erträge und Aufwendungen
- §§ 55 bis 58. Bewertungsregeln
- § 59. Konzernabschluß
- § 59 a. Konzernabschluss nach IFRS
- §§ 60 bis 63 a. Bankprüfer
- § 63 b. Befristetes Tätigkeitsverbot
- § 64. Anhang
- § 65. Veröffentlichung
- § 65 a. Veröffentlichungen betreffend Corporate Governance und Vergütung

XIII. Abschnitt: Bestimmungen über den Deckungsstock gemäß § 216 ABGB

- §§ 66 bis 68. Bestimmungen über den Deckungsstock gemäß § 230 a ABGB

XIV. Abschnitt: Aufsicht

- § 69. Zuständigkeit der FMA und aufsichtliches Überprüfungsverfahren
- § 69 a. Zuordnung der Kosten
- § 69 b. Veröffentlichungspflichten der FMA
- § 70. Aufsichtsbefugnisse
- § 70 a. Übergeordnete gemischte Unternehmen
- § 70 b. Zusätzliche Eigenmittelanforderung
- § 70 c. Aufsichtliche Erwartung
- § 70 d. Zusätzliche Liquiditätsanforderung
- § 71. Vor-Ort-Prüfungen
- §§ 71 a und b. *[aufgehoben durch BGBl I 2014/98]*
- § 72. Zusammenarbeit der Behörden
- § 73. Anzeigen
- § 73 a. Elektronische Übermittlung
- § 74. Meldungen
- § 74 a. *[aufgehoben durch BGBl I 2018/17]*
- § 74 b. Bewertung von Aktiva und außerbilanziellen Posten
- § 75. Erhebung von Kreditdaten und Kreditrisikodaten
- § 76. Staatskommissär
- § 77. Zusammenarbeit und Datenverarbeitung
- § 77 a. Internationale Abkommen
- § 77 b. Aufsichtskollegien und Kooperationsvereinbarungen
- § 77 c. Grenzüberschreitende Entscheidungsverfahren

XV. Abschnitt: Moratorium und internationale Sanktionen

§ 78. Moratorium und internationale Sanktionen

XVI. Abschnitt: Oesterreichische Nationalbank

§§ 79 und 80. Oesterreichische Nationalbank

XVII. Abschnitt: Geschäftsaufsicht und Insolvenzbestimmungen

§§ 81 bis 91. Geschäftsaufsicht und Insolvenzbestimmungen

XVIII. Abschnitt: Strukturbestimmungen

§ 92. Einbringung in Aktiengesellschaften

XIX. Abschnitt: Einlagensicherung und Anlegerentschädigung

§ 93. Informationsweitergabe für Zwecke der Einlagensicherung und der Anlegerentschädigung

§ 93 a. Anforderungen an nicht anerkannte Systeme im Rahmen der Einlagensicherung

§§ 93 b und c. *[aufgehoben durch BGBl I 2015/117]*

XX. Abschnitt: Bezeichnungsschutz

§ 94. Bezeichnungsschutz

XXI. Abschnitt: Sparvereine und Werkssparkassen

§ 95. Sparvereine und Werkssparkassen

XXII. Abschnitt: Verfahrens- und Strafbestimmungen

§§ 96 bis 101 a. Verfahrens- und Strafbestimmungen

§ 99 b *[aufgehoben durch BGBl I 2017/107]*

XXIII. Abschnitt: Umwandlung und Einziehung von Partizipationskapital

[XIII. Abschnitt sowie § 102 und § 102 a aufgehoben durch BGBl I 2013/184]

XXIV. Abschnitt: Übergangs- und Schlußbestimmungen

§§ 103 bis 103 u. Übergangsbestimmungen

§§ 103 h und k. *[aufgehoben durch BGBl I 2015/117]*

§ 104. Änderung von Bezeichnungen

§ 105. Verweise und Verordnungen

§ 106. Außerkrafttreten

§§ 107 und 108. Inkrafttreten und Vollzugsklausel

§ 109. Umsetzungshinweis

**Verordnung (EU) Nr. 575/2013 des Europäischen
Parlaments und des Rates vom 26. Juni 2013 über
Aufsichtsanforderungen an Kreditinstitute und zur
Änderung der Verordnung
(EU) Nr. 648/2012 (CRR) idF ABI L 2021/261, 60**

**Teil 1
Allgemeine Bestimmungen**

Titel I: Gegenstand, Anwendungsbereich und Begriffsbestimmungen

- Art 1. Anwendungsbereich
- Art 2. Aufsichtsbefugnisse
- Art 3. Anwendung strengerer Anforderungen durch Institute
- Art 4. Begriffsbestimmungen
- Art 5. Besondere Begriffsbestimmungen für Eigenmittelanforderungen für das Kreditrisiko

Titel II: Anwendungsebenen

Kapitel 1: Erfüllung der Anforderungen auf Einzelbasis

- Art 6. Allgemeine Grundsätze
- Art 7. Ausnahmen von der Anwendung der Aufsichtsanforderungen auf Einzelbasis
- Art 8. Ausnahmen von der Anwendung der Liquiditätsanforderungen auf Einzelbasis
- Art 9. Konsolidierung auf Einzelbasis
- Art 10. Ausnahmen für Kreditinstitute, die einer Zentralorganisation ständig zugeordnet sind

Kapitel 2: Aufsichtliche Konsolidierung

Abschnitt 1: Anwendungen der Anforderungen auf konsolidierter Basis

- Art 10 a. Anwendung der Aufsichtsanforderungen auf konsolidierter Basis, wenn Wertpapierfirmen Mutterunternehmen sind
- Art 11. Allgemeine Behandlung
- Art 12. *[aufgehoben durch ABl L 2019/150, 1]*
- Art 12 a. Konsolidierte Berechnung für G-SRI mit mehreren Abwicklungseinheiten
- Art 13. Anwendung der Offenlegungspflichten auf konsolidierter Basis
- Art 14. Anwendung der Anforderungen nach Artikel 5 der Verordnung (EU) 2017/2402 auf konsolidierter Basis
- Art 15. – 17. *[aufgehoben durch ABl L 2019/2033, 1]*

Abschnitt 2: Methoden der aufsichtlichen Konsolidierung

- Art 18. Methoden der aufsichtlichen Konsolidierung

Abschnitt 3: Aufsichtlicher Konsolidierungskreis

- Art 19. Aus dem aufsichtlichen Konsolidierungskreis ausgenommene Unternehmen
- Art 20. Gemeinsame Entscheidungen über Aufsichtsanforderungen

- Art 21. Gemeinsame Entscheidungen über die Anwendungsebene von Liquiditätsanforderungen
- Art 22. Teilkonsolidierung von Unternehmen in Drittländern
- Art 23. Unternehmen in Drittländern
- Art 24. Bewertung von Vermögenswerten und außerbilanziellen Posten

Teil 2

Eigenmittel und berücksichtigungsfähige Verbindlichkeiten

Titel I: Bestandteile der Eigenmittel

Kapitel 1: Kernkapital

- Art 25. Kernkapital

Kapitel 2: Hartes Kernkapital

Abschnitt 1: Posten und Instrumente des harten Kernkapitals

- Art 26. Posten des harten Kernkapitals
- Art 27. Zu den Posten des harten Kernkapitals zählende Kapitalinstrumente von Gegenseitigkeitsgesellschaften, Genossenschaften, Sparkassen und ähnlichen Instituten
- Art 28. Instrumente des harten Kernkapitals
- Art 29. Kapitalinstrumente von Gegenseitigkeitsgesellschaften, Genossenschaften, Sparkassen und ähnlichen Instituten
- Art 30. Nichterfüllung der Bedingungen für Instrumente des harten Kernkapitals
- Art 31. Von staatlichen Stellen im Notfall gezeichnete Kapitalinstrumente

Abschnitt 2: Aufsichtliche Korrekturposten

- Art 32. Verbriefte Aktiva
- Art 33. Sicherungsgeschäfte für Zahlungsströme und Wertänderungen eigener Verbindlichkeiten
- Art 34. Zusätzliche Bewertungsanpassungen
- Art 35. Aus der Zeitwertbilanzierung resultierende nicht realisierte Gewinne und Verluste

Abschnitt 3: Abzüge von den Posten des harten Kernkapitals, Ausnahmen und Alternativen

Unterabschnitt 1: Abzüge von den Posten des harten Kernkapitals

- Art 36. Abzüge von den Posten des harten Kernkapitals
- Art 37. Abzug immaterieller Vermögenswerte
- Art 38. Abzug von der künftigen Rentabilität abhängiger latenter Steueransprüche
- Art 39. Steuerüberzahlungen, Verlustrückträge und nicht von der künftigen Rentabilität abhängige latente Steueransprüche
- Art 40. Abzug negativer Beträge aus der Berechnung der erwarteten Verlustbeträge
- Art 41. Abzug der Vermögenswerte aus Pensionsfonds mit Leistungszusage
- Art 42. Abzug von Positionen in eigenen Instrumenten des harten Kernkapitals
- Art 43. Wesentliche Beteiligung an einem Unternehmen der Finanzbranche

- Art 44. Abzug von Positionen in Instrumenten des harten Kernkapitals von Unternehmen der Finanzbranche und bei Überkreuzbeteiligung eines Instituts mit dem Ziel der künstlichen Erhöhung der Eigenmittel
- Art 45. Abzug von Positionen in Instrumenten des harten Kernkapitals von Unternehmen der Finanzbranche
- Art 46. Abzug von Positionen in Instrumenten des harten Kernkapitals von Unternehmen der Finanzbranche, an denen ein Institut keine wesentliche Beteiligung hält
- Art 47. Abzug von Positionen in Instrumenten des harten Kernkapitals, wenn ein Institut eine wesentliche Beteiligung an einem Unternehmen der Finanzbranche hält
- Art 47 a. Notleidende Risikopositionen
- Art 47 b. Stundungsmaßnahmen
- Art 47 c. Abzug für notleidende Risikopositionen

Unterabschnitt 2: Abzug von Posten des harten Kernkapitals – Ausnahmen und Alternativen

- Art 48. Schwellenwerte für Ausnahmen vom Abzug von Posten des harten Kernkapitals
- Art 49. Erfordernis von Abzügen im Falle von Konsolidierung, zusätzlicher Beaufsichtigung oder institutsbezogenen Sicherungssystemen

Abschnitt 4: Hartes Kernkapital

- Art 50. Hartes Kernkapital

Kapitel 3: Zusätzliches Kernkapital

Abschnitt 1: Posten und Instrumente des zusätzlichen Kernkapitals

- Art 51. Posten des zusätzlichen Kernkapitals
- Art 52. Instrumente des zusätzlichen Kernkapitals
- Art 53. Beschränkungen hinsichtlich des Ausfalls von Ausschüttungen aus Instrumenten des zusätzlichen Kernkapitals und Merkmale von Instrumenten, die eine Rekapitalisierung des Instituts behindern könnten
- Art 54. Herabschreibung oder Umwandlung von Instrumenten des zusätzlichen Kernkapitals
- Art 55. Nichterfüllung der Bedingungen für Instrumente des zusätzlichen Kernkapitals

Abschnitt 2: Abzüge von Posten des zusätzlichen Kernkapitals

- Art 56. Abzüge von Posten des zusätzlichen Kernkapitals
- Art 57. Abzug von Positionen in eigenen Instrumenten des zusätzlichen Kernkapitals
- Art 58. Abzug von Positionen in Instrumenten des zusätzlichen Kernkapitals von Unternehmen der Finanzbranche und bei Überkreuzbeteiligung eines Instituts mit dem Ziel der künstlichen Erhöhung der Eigenmittel
- Art 59. Abzug von Positionen in Instrumenten des zusätzlichen Kernkapitals von Unternehmen der Finanzbranche
- Art 60. Abzug von Positionen in Instrumenten des zusätzlichen Kernkapitals von Unternehmen der Finanzbranche, an denen ein Institut keine wesentliche Beteiligung hält

Abschnitt 3: Zusätzliches Kernkapital

Art 61. Zusätzliches Kernkapital

Kapitel 4: Ergänzungskapital

Abschnitt 1: Posten und Instrumente des Ergänzungskapitals

Art 62. Posten des Ergänzungskapitals

Art 63. Instrumente des Ergänzungskapitals

Art 64. Amortisierung von Ergänzungskapitalinstrumenten

Art 65. Nichterfüllung der Bedingungen für Ergänzungskapitalinstrumente

Abschnitt 2: Abzüge von Posten des Ergänzungskapitals

Art 66. Abzüge von Posten des Ergänzungskapitals

Art 67. Abzüge von Positionen in eigenen Ergänzungskapitalinstrumenten

Art 68. Abzug von Positionen in Ergänzungskapitalinstrumenten von Unternehmen der Finanzbranche und bei Überkreuzbeteiligung eines Instituts mit dem Ziel der künstlichen Erhöhung der Eigenmittel

Art 69. Abzug von Positionen in Ergänzungskapitalinstrumenten von Unternehmen der Finanzbranche

Art 70. Abzug von Ergänzungskapitalinstrumenten, wenn ein Institut keine wesentliche Beteiligung an einem relevanten Unternehmen hält

Abschnitt 3: Ergänzungskapital

Art 71. Ergänzungskapital

Kapitel 5: Eigenmittel

Art 72. Eigenmittel

Kapitel 5a: Berücksichtigungsfähige Verbindlichkeiten

Abschnitt 1: Posten und Instrumente berücksichtigungsfähiger Verbindlichkeiten

Art 72 a. Posten berücksichtigungsfähiger Verbindlichkeiten

Art 72 b. Instrumente berücksichtigungsfähiger Verbindlichkeiten

Art 72 c. Amortisierung von Instrumenten berücksichtigungsfähiger Verbindlichkeiten

Art 72 d. Folgen der Nichterfüllung der Bedingungen für die Berücksichtigungsfähigkeit

Abschnitt 2: Abzüge von Posten berücksichtigungsfähiger Verbindlichkeiten

Art 72 e. Abzüge von Posten berücksichtigungsfähiger Verbindlichkeiten

Art 72 f. Abzug von Positionen in eigenen Instrumenten berücksichtigungsfähiger Verbindlichkeiten

Art 72 g. Abzugsbasis für Posten berücksichtigungsfähiger Verbindlichkeiten

Art 72 h. Abzug von Positionen in berücksichtigungsfähigen Verbindlichkeiten von anderen G-SRI-Einheiten

Art 72 i. Abzug von berücksichtigungsfähigen Verbindlichkeiten, wenn das Institut keine wesentliche Beteiligung an G-SRI-Einheiten hält

Art 72 j. Ausnahme von Abzügen von Posten berücksichtigungsfähiger Verbindlichkeiten für Positionen des Handelsbuchs

Abschnitt 3: Eigenmittel und berücksichtigungsfähige Verbindlichkeiten

Art 72 k. Berücksichtigungsfähige Verbindlichkeiten

Art 72 l. Eigenmittel und berücksichtigungsfähige Verbindlichkeiten

Kapitel 6: Allgemeine Anforderungen an Eigenmittel und berücksichtigungsfähige Verbindlichkeiten

- Art 73. Ausschüttungen auf Instrumente
- Art 74. Positionen in von beaufsichtigten Unternehmen der Finanzbranche begebenen Kapitalinstrumenten, die nicht zu den aufsichtsrechtlichen Eigenmitteln zählen
- Art 75. Abzüge und Laufzeitanforderungen für Verkaufspositionen
- Art 76. Indexpositionen in Kapitalinstrumenten
- Art 77. Bedingungen für die Verringerung der Eigenmittel
- Art 78. Erlaubnis der Aufsichtsbehörden zur Verringerung der Eigenmittel
- Art 78 a. Erlaubnis zur Verringerung von Instrumenten berücksichtigungsfähiger Verbindlichkeiten
- Art 79. Befristete Ausnahme vom Abzug von den Eigenmitteln und berücksichtigungsfähigen Verbindlichkeiten
- Art 79 a. Bewertung der Einhaltung der Anforderungen an Eigenmittelinstrumente und Instrumente berücksichtigungsfähiger Verbindlichkeiten
- Art 80. Kontinuierliche Prüfung der Qualität von Eigenmittelinstrumenten und Instrumenten berücksichtigungsfähiger Verbindlichkeiten

Titel II: Minderheitsbeteiligungen und durch Tochterunternehmen begebene Instrumente des zusätzlichen Kernkapitals und des Ergänzungskapitals

- Art 81. Minderheitsbeteiligungen, die zum konsolidierten harten Kernkapital zählen
- Art 82. Qualifiziertes zusätzliches Kernkapital, Kernkapital, Ergänzungskapital und qualifizierte Eigenmittel
- Art 83. Qualifiziertes zusätzliches Kernkapital und Ergänzungskapital einer Zweckgesellschaft
- Art 84. Zum konsolidierten harten Kernkapital gerechnete Minderheitsbeteiligungen
- Art 85. Zum konsolidierten Kernkapital zählende qualifizierte Kernkapitalinstrumente
- Art 86. Zum konsolidierten zusätzlichen Kernkapital zählendes qualifiziertes Kernkapital
- Art 87. Zu den konsolidierten Eigenmitteln zählende qualifizierte Eigenmittel
- Art 88. Zum konsolidierten Ergänzungskapital zählende qualifizierte Eigenmittelinstrumente
- Art 88 a. Qualifizierte Instrumente berücksichtigungsfähiger Verbindlichkeiten

Titel III: Qualifizierte Beteiligungen außerhalb des Finanzsektors

- Art 89. Risikogewichtung und Verbot qualifizierter Beteiligungen außerhalb des Finanzsektors
- Art 90. Alternative zum Risikogewicht von 1250%
- Art 91. Ausnahmen

Teil 3

Eigenmittelanforderungen

Titel I: Allgemeine Anforderungen, Bewertung und Meldung

Kapitel 1: Mindesthöhe der Eigenmittel

Abschnitt 1: Eigenmittelanforderungen an Institute

- Art 92. Eigenmittelanforderungen
- Art 92 a. Anforderungen an Eigenmittel und berücksichtigungsfähige Verbindlichkeiten für G-SRI
- Art 92 b. Anforderungen an Eigenmittel und berücksichtigungsfähige Verbindlichkeiten für Nicht-EU-G-SRI
- Art 93. Anfangskapitalanforderung an bereits bestehende Unternehmen
- Art 94. Ausnahme für Handelsbuchtätigkeiten von geringem Umfang

Abschnitt 2: Eigenmittelanforderungen an Wertpapierfirmen mit beschränkter Zulassung für die Erbringung von Finanzdienstleistungen *[in Geltung bis 26. Juni 2026]*

- Art 95. Eigenmittelanforderungen an Wertpapierfirmen mit beschränkter Zulassung für die Erbringung von Finanzdienstleistungen
- Art 96. Eigenmittelanforderungen an Wertpapierfirmen mit einem Anfangskapital in der in Artikel 28 Absatz 2 der Richtlinie 2013/36/EU festgelegten Höhe
- Art 97. Eigenmittel auf der Grundlage der fixen Gemeinkosten
- Art 98. Eigenmittel von Wertpapierfirmen auf konsolidierter Basis

Kapitel 2: Berechnung und Meldepflichten *[aufgehoben durch ABl L 2019/150, 1]*

Art 99. – 101. *[aufgehoben durch ABl L 2019/150, 1]*

Kapitel 3: Handelsbuch

- Art 102. Anforderungen für das Handelsbuch
- Art 103. Führung des Handelsbuchs
- Art 104. Einbeziehung in das Handelsbuch
- Art 104 a. Neueinstufung einer Position *[in Geltung ab 28. Juni 2023]*
- Art 104 b. Anforderungen an Handelstische
- Art 105. Anforderungen für eine vorsichtige Bewertung
- Art 106. Interne Sicherungsgeschäfte

Titel II: Eigenmittelanforderungen für das Kreditrisiko

Kapitel 1: Allgemeine Grundsätze

- Art 107. Ansätze zur Ermittlung des Kreditrisikos
- Art 108. Verwendung des Verfahrens zur Kreditrisikominderung gemäß dem Standard- und dem IRB-Ansatz
- Art 109. Behandlung verbriefter Risikopositionen gemäß dem Standard- und dem IRB-Ansatz
- Art 110. Behandlung der Kreditrisikoanpassung

Kapitel 2: Standardansatz

Abschnitt 1: Allgemeine Grundsätze

- Art 111. Risikopositionswert
- Art 112. Risikopositionsklassen

Art 113. Berechnung der risikogewichteten Positionsbeträge

Abschnitt 2: Risikogewichte

Art 114. Risikopositionen gegenüber Zentralstaaten oder Zentralbanken

Art 115. Risikopositionen gegenüber regionalen oder lokalen Gebietskörperschaften

Art 116. Risikopositionen gegenüber öffentlichen Stellen

Art 117. Risikopositionen gegenüber multilateralen Entwicklungsbanken

Art 118. Risikopositionen gegenüber internationalen Organisationen

Art 119. Risikopositionen gegenüber Instituten

Art 120. Risikopositionen gegenüber beurteilten Instituten

Art 121. Risikopositionen gegenüber unbeurteilten Instituten

Art 122. Risikopositionen gegenüber Unternehmen

Art 123. Risikopositionen aus dem Mengengeschäft

Art 124. Durch Grundpfandrechte an Immobilien besicherte Risikopositionen

Art 125. Durch Wohnimmobilien vollständig besicherte Risikopositionen

Art 126. Durch Gewerbeimmobilien vollständig besicherte Risikopositionen

Art 127. Ausgefallene Positionen

Art 128. Mit besonders hohem Risiko verbundene Positionen

Art 129. Risikopositionen in Form gedeckter Schuldverschreibungen

Art 130. Verbriefungspositionen

Art 131. Risikopositionen gegenüber Instituten und Unternehmen mit kurzfristiger Bonitätsbeurteilung

Art 132. Eigenmittelanforderungen für Risikopositionen in Form von Anteilen an OGA

Art 132a. Ansätze für die Berechnung der risikogewichteten Positionsbeträge von OGA

Art 132b. Ausnahmen von den Ansätzen zur Berechnung der risikogewichteten Positionsbeträge von OGA

Art 132c. Behandlung außerbilanzieller Risikopositionen in OGA

Art 133. Beteiligungsrisikopositionen

Art 134. Sonstige Positionen

Abschnitt 3: Anerkennung und Zuordnung von Bonitätsbeurteilungen

Unterabschnitt 1: Anerkennung von ECAI

Art 135. Verwendung der Bonitätsbeurteilungen von ECAI

Unterabschnitt 2: Zuordnung der Bonitätsbeurteilungen von ECAI

Art 136. Zuordnung der Bonitätsbeurteilungen von ECAI

Unterabschnitt 3: Verwendung der Bonitätsbeurteilungen von Exportversicherungsagenturen

Art 137. Verwendung der Bonitätsbeurteilungen von Exportversicherungsagenturen

Abschnitt 4: Verwendung der Bonitätsbeurteilungen von ECAI zur Bestimmung des Risikogewichts

Art 138. Allgemeine Anforderungen

Art 139. Bonitätsbeurteilung von Emittenten und Emissionen

Art 140. Lang- und kurzfristige Bonitätsbeurteilungen

Art 141. Positionen in der Landeswährung und in ausländischer Währung

(XX)

Laurer/M. Schütz/Kammel/Ratka (Hrsg), BWG, Titelei

Kapitel 3: Auf internen Einstufungen basierender Ansatz (IRB-Ansatz)

Abschnitt 1: Erlaubnis der zuständigen Behörde zur Anwendung des IRB-Ansatzes

- Art 142. Begriffsbestimmungen
- Art 143. Erlaubnis zur Verwendung des IRB-Ansatzes
- Art 144. Prüfung eines Antrags auf Verwendung des IRB-Ansatzes durch die zuständigen Behörden
- Art 145. Erfahrung mit der Verwendung von IRB-Ansätzen
- Art 146. Erforderliche Maßnahmen bei Nichterfüllung der Anforderungen dieses Kapitels
- Art 147. Methode für die Zuordnung von Risikopositionen zu Risikopositionsklassen
- Art 148. Bedingungen für die Einführung des IRB-Ansatzes in verschiedenen Risikopositionsklassen und Geschäftsbereichen
- Art 149. Bedingungen für die Rückkehr zu weniger anspruchsvollen Ansätzen
- Art 150. Bedingungen für eine dauerhafte teilweise Verwendung

Abschnitt 2: Berechnung risikogewichteter Positionsbeträge

Unterabschnitt 1: Behandlung nach Art der Risikopositionsklasse

- Art 151. Behandlung nach Risikopositionsklasse
- Art 152. Behandlung von Risikopositionen in Form von Anteilen an OGA

Unterabschnitt 2: Berechnung der risikogewichteten Positionsbeträge für das Kreditrisiko

- Art 153. Risikogewichtete Positionsbeträge für Risikopositionen gegenüber Unternehmen, Instituten, Zentralstaaten und Zentralbanken
- Art 154. Risikogewichtete Positionsbeträge von Risikopositionen aus dem Mengengeschäft
- Art 155. Risikogewichtete Positionsbeträge von Beteiligungspositionen
- Art 156. Risikogewichtete Positionsbeträge von sonstigen Aktiva ohne Kreditverpflichtungen

Unterabschnitt 3: Berechnung der risikogewichteten Positionsbeträge für das Verwässerungsrisiko gekaufter Forderungen

- Art 157. Risikogewichtete Positionsbeträge für das Verwässerungsrisiko gekaufter Forderungen

Abschnitt 3: Erwartete Verlustbeträge

- Art 158. Behandlung nach Risikopositionsart
- Art 159. Behandlung erwarteter Verlustbeträge

Abschnitt 4: PD, LGD und Laufzeit

Unterabschnitt 1: Risikopositionen gegenüber Unternehmen, Instituten, Zentralstaaten und Zentralbanken

- Art 160. Ausfallwahrscheinlichkeit (PD)
- Art 161. Verlustquote bei Ausfall (LGD)
- Art 162. Laufzeit

Unterabschnitt 2: Risikopositionen aus dem Mengengeschäft

- Art 163. Ausfallwahrscheinlichkeit (PD)
- Art 164. Verlustquote bei Ausfall (LGD)

Unterabschnitt 3: Beteiligungspositionen, bei denen nach der PD-/LGD-Methode verfahren werden muss

- Art 165. Beteiligungspositionen, bei denen nach der PD/LGD-Methode verfahren werden muss

Abschnitt 5: Risikopositionswert

- Art 166. Risikopositionen gegenüber Unternehmen, Instituten, Zentralstaaten und Zentralbanken sowie Risikopositionen aus dem Mengengeschäft
- Art 167. Beteiligungspositionen
- Art 168. Sonstige Aktiva ohne Kreditverpflichtungen

Abschnitt 6: Anforderungen an die Anwendung des IRB-Ansatzes

Unterabschnitt 1: Ratingsysteme

- Art 169. Allgemeine Grundsätze
- Art 170. Struktur von Ratingsystemen
- Art 171. Zuordnung zu Ratingstufen oder Risikopools
- Art 172. Zuordnung von Risikopositionen
- Art 173. Integrität des Zuordnungsprozesses
- Art 174. Verwendung von Modellen
- Art 175. Dokumentierung von Ratingsystemen
- Art 176. Datenpflege
- Art 177. Stresstests zur Beurteilung der Angemessenheit der Eigenmittelausstattung

Unterabschnitt 2: Risikoquantifizierung

- Art 178. Schuldnerausfall
- Art 179. Allgemeine Anforderungen an Schätzungen
- Art 180. Besondere Anforderungen an PD-Schätzungen
- Art 181. Besondere Anforderungen an eigene LGD-Schätzungen
- Art 182. Besondere Anforderungen an eigene Umrechnungsfaktorschätzungen
- Art 183. Anforderungen an die Bewertung der Auswirkungen von Garantien und Kreditderivaten auf Risikopositionen gegenüber Unternehmen, Instituten, Zentralstaaten und Zentralbanken, wenn dabei eigene LGD-Schätzungen verwendet werden, und bei Risikopositionen aus dem Mengengeschäft
- Art 184. Anforderungen an angekaufte Forderungen

Unterabschnitt 3: Validierung der internen Schätzungen

- Art 185. Validierung interner Schätzungen

Unterabschnitt 4: Anforderungen an Beteiligungspositionen bei der Verwendung interner Modelle

- Art 186. Eigenmittelanforderung und Risikoquantifizierung
- Art 187. Risikomanagement-Prozess und -Kontrollen
- Art 188. Validierung und Dokumentierung

Unterabschnitt 5: Interne Unternehmensführung und Überwachung

- Art 189. Unternehmensführung
- Art 190. Kreditrisikoüberwachung
- Art 191. Innenrevision

Kapitel 4: Kreditrisikominderung

Abschnitt 1: Begriffsbestimmungen und allgemeine Anforderungen

- Art 192. Begriffsbestimmungen
- Art 193. Grundsätze für die Anerkennung der Wirkung von Kreditrisikominderungstechniken
- Art 194. Grundsätze für die Anerkennungsfähigkeit von Kreditrisikominderungstechniken

Abschnitt 2: Zulässige Formen der Kreditrisikominderung

Unterabschnitt 1: Besicherung mit Sicherheitsleistung

- Art 195. Netting von Bilanzpositionen
- Art 196. Netting-Rahmenvereinbarungen, die Pensionsgeschäfte, Wertpapier- oder Warenverleih- oder -leihgeschäfte oder andere Kapitalmarkttransaktionen betreffen
- Art 197. Anerkennungsfähigkeit von Sicherheiten unabhängig von Ansatz und Methode
- Art 198. Zusätzliche Anerkennungsfähigkeit von Sicherheiten bei der umfassenden Methode zur Berücksichtigung finanzieller Sicherheiten
- Art 199. Zusätzliche Anerkennungsfähigkeit von Sicherheiten beim IRB-Ansatz
- Art 200. Andere Formen der Besicherung mit Sicherheitsleistung

Unterabschnitt 2: Absicherung ohne Sicherheitsleistung

- Art 201. Ansatzunabhängige Anerkennungsfähigkeit von Sicherungsgebern
- Art 202. Anerkennungsfähigkeit von Sicherungsgebern, die die Voraussetzungen für die Behandlung nach Artikel 153 Absatz 3 erfüllen, im Rahmen des IRB-Ansatzes
- Art 203. Anerkennungsfähigkeit von Garantien als Absicherung ohne Sicherheitsleistung

Unterabschnitt 3: Arten von Derivaten

- Art 204. Anerkennungsfähige Arten von Kreditderivaten
- Art 204 a. Anerkennungsfähige Arten von Eigenkapitalderivaten

Abschnitt 3: Anforderungen

Unterabschnitt 1: Besicherung mit Sicherheitsleistung

- Art 205. Anforderungen an Vereinbarungen über bilanzielles Netting (außer Netting-Rahmenvereinbarungen im Sinne des Artikels 206)
- Art 206. Anforderungen an Aufrechnungs(Netting)-Rahmenvereinbarungen für Pensionsgeschäfte, Wertpapier- oder Warenverleih- oder -leihgeschäfte oder andere Kapitalmarkttransaktionen
- Art 207. Anforderungen an Finanzsicherheiten
- Art 208. Anforderungen an Immobiliensicherheiten
- Art 209. Anforderungen an Forderungen
- Art 210. Anforderungen an sonstige Sachsicherheiten
- Art 211. Anforderungen, die erfüllt sein müssen, um Leasingrisikopositionen als besichert ansehen zu können
- Art 212. Anforderungen an sonstige Arten der Besicherung mit Sicherheitsleistung

Unterabschnitt 2: Absicherung ohne Sicherheitsleistung und synthetische Unternehmensanleihen (Credit Linked Notes)

- Art 213. Gemeinsame Anforderungen an Garantien und Kreditderivate
- Art 214. Rückbürgschaften von Staaten und anderen öffentlichen Stellen
- Art 215. Zusätzliche Anforderungen an Garantien
- Art 216. Zusätzliche Anforderungen an Kreditderivate
- Art 217. Anforderungen, die für eine Behandlung nach Artikel 153 Absatz 3 erfüllt sein müssen

Abschnitt 4: Berechnung der Auswirkungen der Kreditrisikominderung

Unterabschnitt 1: Besicherung mit Sicherheitsleistung

- Art 218. Synthetische Unternehmensanleihen („Credit Linked Notes“)
- Art 219. Netting von Bilanzpositionen
- Art 220. Verwendung der aufsichtlichen oder der auf eigenen Schätzungen beruhenden Volatilitätsanpassungen bei Netting-Rahmenvereinbarungen
- Art 221. Verwendung interner Modelle für Netting-Rahmenvereinbarungen
- Art 222. Einfache Methode zur Berücksichtigung finanzieller Sicherheiten
- Art 223. Umfassende Methode zur Berücksichtigung finanzieller Sicherheiten
- Art 224. Aufsichtliche Volatilitätsanpassungen bei der umfassenden Methode zur Berücksichtigung finanzieller Sicherheiten
- Art 225. Auf eigenen Schätzungen beruhende Volatilitätsanpassungen bei der umfassenden Methode zur Berücksichtigung finanzieller Sicherheiten
- Art 226. Heraufskalierung von Volatilitätsanpassungen bei der umfassenden Methode zur Berücksichtigung finanzieller Sicherheiten
- Art 227. Bedingungen für eine 0%ige Volatilitätsanpassung bei der umfassenden Methode zur Berücksichtigung finanzieller Sicherheiten
- Art 228. Berechnung der risikogewichteten Positionsbeträge und erwarteten Verlustbeträge bei der umfassenden Methode zur Berücksichtigung finanzieller Sicherheiten
- Art 229. Bewertungsgrundsätze für sonstige anererkennungsfähige Sicherheiten beim IRB-Ansatz
- Art 230. Berechnung der risikogewichteten Positionsbeträge und erwarteten Verlustbeträge für andere anererkennungsfähige Sicherheiten beim IRB-Ansatz
- Art 231. Berechnung der risikogewichteten Positionsbeträge und erwarteten Verlustbeträge bei gemischten Sicherheitenpools
- Art 232. Andere Formen der Besicherung mit Sicherheitsleistung

Unterabschnitt 2: Absicherung ohne Sicherheitsleistung

- Art 233. Bewertung
- Art 234. Berechnung der risikogewichteten Positionsbeträge und erwarteten Verlustbeträge im Falle einer Teilabsicherung und Unterteilung in Tranchen
- Art 235. Berechnung der risikogewichteten Positionsbeträge beim Standardansatz
- Art 236. Berechnung der risikogewichteten Positionsbeträge und erwarteten Verlustbeträge beim IRB-Ansatz

Abschnitt 5: Laufzeitinkongruenz

- Art 237. Laufzeitinkongruenz
- Art 238. Laufzeit der Kreditbesicherung
- Art 239. Bewertung der Besicherung

Abschnitt 6: Kreditrisikominderungstechniken für Forderungskörbe

- Art 240. Erstaussfall-Kreditderivate (First-to-default credit derivatives)
- Art 241. N-ter-Aussfall-Kreditderivate (Nth-to-default credit derivatives)

Kapitel 5: Verbriefung

Abschnitt 1: Begriffsbestimmungen und Kriterien für einfache, transparente und standardisierte Verbriefungen

- Art 242. Begriffsbestimmungen
- Art 243. Kriterien für STS-Verbriefungen, die für eine differenzierte Eigenmittelbehandlung in Frage kommen

Abschnitt 2: Anerkennung der Übertragung eines signifikanten Risikos

- Art 244. Traditionelle Verbriefung
- Art 245. Synthetische Verbriefung
- Art 246. Operationelle Anforderungen für Klauseln der vorzeitigen Rückzahlung

Abschnitt 3: Berechnung der risikogewichteten Positionsbeträge

Unterabschnitt 1: Allgemeine Bestimmungen

- Art 247. Berechnung der risikogewichteten Positionsbeträge
- Art 248. Risikopositionswert
- Art 249. Anerkennung der Kreditrisikominderung bei Verbriefungspositionen
- Art 250. Außervertragliche Kreditunterstützung
- Art 251. Berechnung der risikogewichteten Positionsbeträge für Risikopositionen, die Gegenstand einer synthetischen Verbriefung sind, durch den Originator
- Art 252. Behandlung von Laufzeitinkongruenzen bei synthetischen Verbriefungen
- Art 253. Verringerung der risikogewichteten Positionsbeträge

Unterabschnitt 2: Rangfolge der Ansätze und gemeinsame Parameter

- Art 254. Rangfolge der Ansätze
- Art 255. Bestimmung von K_{itb} und K_{SA}
- Art 256. Bestimmung von unterem Tranchierungspunkt (Attachment Point) (A) und oberem Tranchierungspunkt (Detachment Point) (D)
- Art 257. Bestimmung der Laufzeit einer Tranche (MT)

Unterabschnitt 3: Methoden zur Berechnung der risikogewichteten Positionsbeträge

- Art 258. Bedingungen für die Verwendung des auf internen Beurteilungen basierenden Ansatzes (SEC-IRBA)
- Art 259. Berechnung der risikogewichteten Positionsbeträge bei dem auf internen Beurteilungen basierenden Ansatz (SEC-IRBA)
- Art 260. Behandlung von STS-Verbriefungen beim SEC-IRBA
- Art 261. Berechnung der risikogewichteten Positionsbeträge beim Standardansatz (SEC-SA)
- Art 262. Behandlung von STS-Verbriefungen beim SEC-SA

Paragrafenübersicht

- Art 263. Berechnung der risikogewichteten Positionsbeträge bei dem auf externen Beurteilungen basierenden Ansatz (SEC-ERBA)
- Art 264. Behandlung von STS-Verbriefungen beim SEC-ERBA
- Art 265. Interner Bemessungsansatz – Anwendungskreis und operationell Anforderungen
- Art 266. Berechnung der risikogewichteten Positionsbeträge beim Internen Bemessungsansatz

Unterabschnitt 4: Obergrenzen für Verbriefungspositionen

- Art 267. Maximales Risikogewicht für vorrangige Verbriefungspositionen: Transparenzansatz
- Art 268. Maximale Eigenmittelanforderungen

Unterabschnitt 5: Sonstige Vorschriften

- Art 269. Wiederverbriefungen
- Art 269 a. Behandlung von Verbriefungen notleidender Risikopositionen (NPE)
- Art 270. Vorrangige Positionen bei STS-Bilanzverbriefungen
- Art 270 a. Zusätzliches Risikogewicht

Abschnitt 4: Externe Bonitätsbeurteilungen

- Art 270 b. Verwendung der Bonitätsbeurteilungen von ECAI
- Art 270 c. Anforderungen, die die Bonitätsbeurteilungen der ECAI erfüllen müssen
- Art 270 d. Verwendung von Bonitätsbeurteilungen
- Art 270 e. Zuordnung von Verbriefungen

Kapitel 6: Gegenparteiausfallrisiko

Abschnitt 1: Begriffsbestimmungen

- Art 271. Ermittlung des Risikopositionswerts
- Art 272. Begriffsbestimmungen

Abschnitt 2: Methoden zur Berechnung des Risikopositionswerts

- Art 273. Methoden zur Berechnung des Risikopositionswerts
- Art 273 a. Bedingungen für die Verwendung vereinfachter Methoden zur Berechnung des Risikopositionswerts
- Art 273 b. Nichteinhaltung der Bedingungen für die Verwendung vereinfachter Methoden zur Berechnung des Risikopositionswerts von Derivaten

Abschnitt 3: Standardansatz für das Gegenparteiausfallrisiko

- Art 274. Risikopositionswert
- Art 275. Wiederbeschaffungskosten
- Art 276. Anerkennung und Behandlung von Sicherheiten
- Art 277. Zuordnung von Geschäften zu Risikokategorien
- Art 277 a. Hedging-Sätze
- Art 278. Potenzieller künftiger Risikopositionswert
- Art 279. Berechnung der Risikoposition
- Art 279 a. Aufsichtsdelta
- Art 279 b. Angepasster Nominalwert
- Art 279 c. Laufzeitfaktor

(XXVI)

Laurer/M. Schütz/Kammel/Ratka (Hrsg), BWG, Titelei

- Art 280. Aufsichtsfaktor-Koeffizient für Hedging-Sätze
- Art 280 a. Aufschlag für die Kategorie „Zinsrisiko“
- Art 280 b. Aufschlag für die Kategorie „Fremdwährungsrisiko“
- Art 280 c. Aufschlag für die Kategorie „Kreditrisiko“
- Art 280 d. Aufschlag für die Kategorie „Aktienkursrisiko“
- Art 280 e. Aufschlag für die Kategorie „Warenpositionsrisiko“
- Art 280 f. Aufschlag für die Kategorie „sonstige Risiken“

Abschnitt 4: Vereinfachter Standardansatz für das Gegenparteiausfallrisiko

- Art 281. Berechnung des Risikopositionswerts

Abschnitt 5: Ursprungsrisikomethode

- Art 282. Berechnung des Risikopositionswerts

Abschnitt 6: Auf einem internen Modell beruhende Methode

- Art 283. Erlaubnis zur Verwendung der auf einem internen Modell beruhenden Methode
- Art 284. Risikopositionswert
- Art 285. Risikopositionswert bei Netting-Sätzen mit Nachschussvereinbarung
- Art 286. Management des Gegenparteiausfallrisikos (CCR) – Grundsätze, Verfahren und Systeme
- Art 287. Organisationsstrukturen für das CCR-Management
- Art 288. Überprüfung des CCR-Managementsystems
- Art 289. Praxistest
- Art 290. Stresstests
- Art 291. Korrelationsrisiko
- Art 292. Integrität des Modellierungsprozesses
- Art 293. Anforderungen an das Risikomanagementsystem
- Art 294. Validierungsanforderungen

Abschnitt 7: Vertragliches Netting

- Art 295. Anerkennung der risikomindernden Effekte von vertraglichem Netting
- Art 296. Anerkennung vertraglicher Nettingvereinbarungen
- Art 297. Pflichten der Institute
- Art 298. Folgen der Anerkennung der risikomindernden Effekte von vertraglichem Netting

Abschnitt 8: Positionen im Handelsbuch

- Art 299. Positionen im Handelsbuch

Abschnitt 9: Eigenmittelanforderungen für Risikopositionen gegenüber einer zentralen Gegenpartei

- Art 300. Begriffsbestimmungen
- Art 301. Sachlicher Geltungsbereich
- Art 302. Überwachung der Risikopositionen gegenüber zentralen Gegenparteien
- Art 303. Behandlung der Risikopositionen von Clearingmitgliedern gegenüber zentralen Gegenparteien
- Art 304. Behandlung der Risikopositionen von Clearingmitgliedern gegenüber Kunden

- Art 305. Behandlung der Risikopositionen von Kunden
Art 306. Eigenmittelanforderungen für Handelsrisikopositionen
Art 307. Eigenmittelanforderungen für vorfinanzierte Beiträge zum Ausfallfonds einer ZGP
Art 308. Eigenmittelanforderungen für vorfinanzierte Beiträge zum Ausfallfonds einer qualifizierten ZGP
Art 309. Eigenmittelanforderungen für vorfinanzierte Beiträge zum Ausfallfonds einer nicht qualifizierten ZGP und für nicht vorfinanzierte Beiträge zu einer nicht qualifizierten ZGP
Art 310. Eigenmittelanforderungen für nicht vorfinanzierte Beträge zum Ausfallfonds einer qualifizierten ZGP
Art 311. Eigenmittelanforderungen für Risikopositionen gegenüber ZGP, die bestimmte Bedingungen nicht mehr erfüllen

Titel III: Eigenmittelanforderungen für das operationelle Risiko

Kapitel 1: Allgemeine Grundsätze für die Verwendung der verschiedenen Ansätze

- Art 312. Genehmigung und Anzeige
Art 313. Rückkehr zu weniger komplizierten Ansätzen
Art 314. Kombination verschiedener Ansätze

Kapitel 2: Basisindikatoransatz

- Art 315. Eigenmittelanforderung
Art 316. Maßgeblicher Indikator

Kapitel 3: Standardansatz

- Art 317. Eigenmittelanforderung
Art 318. Grundsätze für die Zuordnung zu Geschäftsfeldern
Art 319. Alternativer Standardansatz
Art 320. Bedingungen für die Verwendung des Standardansatzes

Kapitel 4: Fortgeschrittene Messansätze

- Art 321. Qualitative Anforderungen
Art 322. Quantitative Anforderungen
Art 323. Auswirkung von Versicherungen und anderen Risikoübertragungsmechanismen
Art 324. Klassifizierung der Verlustereignisse

Titel IV: Eigenmittelanforderungen für das Marktrisiko

Kapitel 1: Allgemeine Bestimmungen

- Art 325. Ansätze für die Berechnung der Eigenmittelanforderungen für das Marktrisiko
Art 325 a. Befreiungen von den besonderen Meldepflichten für das Marktrisiko
Art 325 b. Genehmigung von Anforderungen auf konsolidierter Basis

Kapitel 1A: Alternativer Standardansatz

Abschnitt 1: Allgemeine Bestimmungen

- Art 325 c. Anwendungsbereich und Struktur des alternativen Standardansatzes

Abschnitt 2: Sensitivitätsgestützte Methode zur Berechnung der Eigenmittelanforderung

- Art 325 d. Begriffsbestimmungen

- Art 325 e. Komponenten der sensitivitätsgestützten Methode
- Art 325 f. Eigenmittelanforderungen für Delta-Faktor und Vega-Risiken
- Art 325 g. Eigenmittelanforderungen für das Krümmungsrisiko
- Art 325 h. Aggregation der risikoklassenspezifischen Eigenmittelanforderungen für Delta-Faktor-, Vega- und Krümmungsrisiken
- Art 325 i. Behandlung von Indexinstrumenten und Optionen mit multiplen Basiswerten
- Art 325 j. Behandlung von Organismen für Gemeinsame Anlagen (OGA)
- Art 325 k. Mit einer Übernahmegarantie versehene Positionen

Abschnitt 3: Bestimmung der Begriffe „Risikofaktor“ und „Sensitivität“

Unterabschnitt 1: Bestimmung des Begriffs „Risikofaktor“

- Art 325 l. Risikofaktoren des allgemeinen Zinsrisikos
- Art 325 m. Risikofaktoren des Kreditspreadrisikos bei Nicht-Verbriefungspositionen
- Art 325 n. Risikofaktoren des Kreditspreadrisikos bei Verbriefungspositionen
- Art 325 o. Risikofaktoren des Aktienkursrisikos
- Art 325 p. Risikofaktoren des Warenpositionsrisikos
- Art 325 q. Risikofaktoren des Fremdwährungsrisikos

Unterabschnitt 2: Begriffsbestimmungen von Sensitivitäten

- Art 325 r. Delta-Risikosensitivitäten
- Art 325 s. Vega-Risikosensitivitäten
- Art 325 t. Anforderungen bezüglich der Berechnung von Sensitivitäten

Abschnitt 4: Aufschlag für Restrisiken

- Art 325 u. Eigenmittelanforderungen für Restrisiken

Abschnitt 5: Eigenmittelanforderungen für das Ausfallsrisiko

- Art 325 v. Begriffsbestimmungen und allgemeine Bestimmungen

Unterabschnitt 1: Eigenmittelanforderungen für das Ausfallrisiko bei Nicht-Verbriefungspositionen

- Art 325 w. Jump-to-Default-Bruttobeträge
- Art 325 x. Jump-to-Default-Nettobeträge
- Art 325 y. Berechnung der Eigenmittelanforderungen für das Ausfallsrisiko

Unterabschnitt 2: Eigenmittelanforderungen für das Ausfallsrisiko bei nicht in das alternative Korrelationshandelsportfolio einbezogenen Verbriefungspositionen

- Art 325 z. Jump-to-Default-Beträge
- Art 325 aa. Berechnung der Eigenmittelanforderung für das Ausfallrisiko bei Verbriefungspositionen

Unterabschnitt 3: Eigenmittelanforderungen für das Ausfallrisiko bei in das alternative Korrelationsportfolio einbezogenen Verbriefungspositionen

- Art 325 ab. Geltungsbereich
- Art 325 ac. Jump-to-Default-Beträge für das alternative Korrelationshandelsportfolio
- Art 325 ad. Berechnung der Eigenmittelanforderungen für das Ausfallrisiko des alternativen Korrelationsportfolios

Abschnitt 6: Risikogewichte und Korrelationen

Unterabschnitt 1: Risikogewichte und Korrelationen für das Delta-Faktor-Risiko

- Art 325 ae. Risikogewichte für das allgemeine Zinsrisiko
- Art 325 af. Innerhalb der Unterklasse anwendbare Korrelationen des allgemeinen Zinsrisikos
- Art 325 ag. Über Unterklassen hinweg anwendbare Korrelationen des allgemeinen Zinsrisikos
- Art 325 ah. Risikogewichte des Kreditspreadrisikos an Nicht-Verbriefungspositionen
- Art 325 ai. Innerhalb der Unterklasse anwendbare Korrelationen des Kreditspreadrisikos bei Nicht-Verbriefungspositionen
- Art 325 aj. Über Unterklassen hinweg anwendbare Korrelationen des Kreditspreadrisikos bei Nicht-Verbriefungspositionen
- Art 325 ak. Risikogewichte für das Kreditspreadrisiko bei in das alternative Korrelationshandelsportfolio einbezogenen Verbriefungspositionen
- Art 325 al. Korrelationen für das Kreditspreadrisiko von in das alternative Korrelationshandelsportfolio einbezogenen Verbriefungspositionen
- Art 325 am. Risikogewichte für das Kreditspreadrisiko bei nicht in das alternative Korrelationshandelsportfolio einbezogenen Verbriefungspositionen
- Art 325 an. Innerhalb der Unterklasse anwendbare Korrelationen für das Kreditspreadrisiko von nicht in das alternative Korrelationshandelsportfolio einbezogenen Verbriefungspositionen
- Art 325 ao. Über Unterklassen hinweg anwendbare Korrelationen für das Kreditspreadrisiko bei nicht in das alternative Korrelationshandelsportfolio einbezogene Verbriefungspositionen
- Art 325 ap. Risikogewichte des Aktienkursrisikos
- Art 325 aq. Innerhalb der Unterklasse anwendbare Korrelationen für das Aktienkursrisiko
- Art 325 ar. Über Unterklassen hinweg anwendbare Korrelationen des Aktienkursrisikos
- Art 325 as. Risikogewichte des Warenpositionsrisikos
- Art 325 at. Innerhalb der Unterklasse anwendbare Korrelationen für das Warenpositionsrisiko
- Art 325 au. Über Unterklassen hinweg anwendbare Korrelationen des Warenpositionsrisikos
- Art 325 av. Risikogewichte des Fremdwährungsrisikos
- Art 325 aw. Korrelationen des Fremdwährungsrisikos

Unterabschnitt 2: Risikogewichte und Korrelationen Für *[sic]* Vega- und Krümmungsrisiken

- Art 325 ax. Risikogewichte für Vega- und Krümmungsrisiken
- Art 325 ay. Korrelationen für Vega- und Krümmungsrisiko

Kapitel 1B: Alternativer auf einem internen Modell beruhender Ansatz

Abschnitt 1: Erlaubnis und Eigenmittelanforderungen

- Art 325 az. Alternativer auf einem internen Modell beruhender Ansatz und Erlaubnis zur Verwendung alternativer interner Modelle
- Art 325 ba. Eigenmittelanforderungen bei der Verwendung alternativer interner Modelle

Abschnitt 2: Allgemeine Anforderungen

- Art 325 bb. Risikomaß Expected Shortfall
- Art 325 bc. Berechnung der partiellen Expected Shortfalls
- Art 325 bd. Liquiditätshorizonte
- Art 325 be. Bewertung der Modellierbarkeit von Risikofaktoren
- Art 325 bf. Anforderungen an aufsichtliche Rückvergleiche und Multiplikationsfaktoren
- Art 325 bg. Anforderungen hinsichtlich der Gewinn- und Verlustzuweisung (P&L-Attribution)
- Art 325 bh. Anforderungen an die Risikomessung
- Art 325 bi. Qualitative Anforderungen
- Art 325 bj. Interne Validierung
- Art 325 bk. Berechnung des Stressszenario-Risikomaßes

Abschnitt 3: Internes Modell zur Erfassung von Ausfallrisiken

- Art 325 bl. Anwendungsbereich des internen Modells zur Erfassung von Ausfallrisiken
- Art 325 bm. Erlaubnis zur Verwendung eines internen Modells zur Erfassung von Ausfallrisiken
- Art 325 bn. Eigenmittelanforderungen für das Ausfallrisiko bei der Verwendung eines internen Modells zur Erfassung von Ausfallrisiken
- Art 325 bo. Anerkennung von Absicherungen im internen Modell zur Erfassung von Ausfallrisiken
- Art 325 bp. Besondere Anforderungen für interne Modelle zur Erfassung von Ausfallrisiken

Kapitel 2: Eigenmittelanforderungen für das Positionsrisiko

Abschnitt 1: Allgemeine Bestimmungen und spezifische Instrumente

- Art 326. Eigenmittelanforderungen für das Positionsrisiko
- Art 327. Berechnung der Nettoposition
- Art 328. Zinsterminkontrakte und Terminpositionen
- Art 329. Optionen und Optionsscheine
- Art 330. Swaps
- Art 331. Zinsrisiko von Derivaten
- Art 332. Kreditderivate
- Art 333. Im Rahmen von Rückkaufsvereinbarungen übertragene oder verliehene Wertpapiere

Abschnitt 2: Schuldtitel

- Art 334. Nettopositionen in Schuldtiteln

Unterabschnitt 1: Spezifisches Risiko

- Art 335. Obergrenze der Eigenmittelanforderung für eine Nettoposition
- Art 336. Eigenmittelanforderung für Schuldtitel, die keine Verbriefungspositionen darstellen
- Art 337. Eigenmittelanforderung für Verbriefungspositionen
- Art 338. Eigenmittelanforderung für das Korrelationshandelsportfolio

Unterabschnitt 2: Allgemeines Risiko

Art 339. Laufzeitbezogene Berechnung des allgemeinen Risikos

Art 340. Durationsbasierte Berechnung des allgemeinen Risikos

Abschnitt 3: Aktieninstrumente

Art 341. Nettopositionen in Aktieninstrumenten

Art 342. Spezifisches Risiko von Aktieninstrumenten

Art 343. Allgemeines Risiko von Aktieninstrumenten

Art 344. Aktienindizes

Abschnitt 4: Übernahmegarantien

Art 345. Verringerung von Nettopositionen

Abschnitt 5: Eigenmittelanforderungen für das spezifische Risiko bei über Kreditderivate abgesicherten Positionen

Art 346. Anerkennung von Absicherungen über Kreditderivate

Art 347. Anerkennung von Absicherungen über Erstausfall-Kreditderivate und n-ter-Ausfall-Kreditderivate

Abschnitt 6: Eigenmittelanforderungen für OGA

Art 348. Eigenmittelanforderungen für OGA

Art 349. Allgemeine Anforderungen an OGA

Art 350. Spezifische Methoden für OGA

Kapitel 3: Eigenmittelanforderungen für das Fremdwährungsrisiko

Art 351. Schwellenwert und Gewichtung für das Fremdwährungsrisiko

Art 352. Berechnung der gesamten Netto-Fremdwährungsposition

Art 353. Fremdwährungsrisiko von OGA

Art 354. Eng verbundene Währungen

Kapitel 4: Eigenmittelanforderungen für das Warenpositionsrisiko

Art 355. Wahl der Methode für das Warenpositionsrisiko

Art 356. Ergänzende Warengeschäfte

Art 357. Positionen in Waren

Art 358. Spezifische Instrumente

Art 359. Laufzeitbandverfahren

Art 360. Vereinfachtes Verfahren

Art 361. Erweitertes Laufzeitbandverfahren

Kapitel 5: Verwendung interner Modelle zur Berechnung der Eigenmittelanforderungen

Abschnitt 1: Erlaubnis und Eigenmittelanforderungen

Art 362. Spezifische und allgemeine Risiken

Art 363. Erlaubnis zur Verwendung interner Modelle

Art 364. Eigenmittelanforderungen bei der Verwendung interner Modelle

Abschnitt 2: Allgemeine Anforderungen

Art 365. Berechnung des Risikopotenzials und des Risikopotenzials unter Stressbedingungen

Art 366. Aufsichtliche Rückvergleiche und Multiplikationsfaktoren

Art 367. Anforderungen an die Risikomessung

(XXXII)

Laurer/M. Schütz/Kammel/Ratka (Hrsg), BWG, Titelei

Art 368. Qualitative Anforderungen

Art 369. Interne Validierung

Abschnitt 3: Besondere Anforderungen an die Entwicklung von Modellen für spezifische Risiken

Art 370. Anforderungen an die Entwicklung von Modellen für spezifische Risiken

Art 371. Ausschlüsse aus Modellen für das spezifische Risiko

Abschnitt 4: Internes Modell für das zusätzliche Ausfall- und Migrationsrisiko

Art 372. Pflicht zur Bereitstellung eines internen Modells für das zusätzliche Ausfall- und Migrationsrisiko (IRC-Modell)

Art 373. Anwendungsbereich des internen IRC-Modells

Art 374. Parameter des internen IRC-Modells

Art 375. Anerkennung von Absicherungen im internen IRC-Modell

Art 376. Besondere Anforderungen an das interne IRC-Modell

Abschnitt 5: Internes Modell für Korrelationshandelsaktivitäten

Art 377. Anforderungen an ein internes Modell für Korrelationshandelsaktivitäten

Titel V: Eigenmittelanforderungen für das Abwicklungsrisiko

Art 378. Abwicklungs-/Lieferisiko

Art 379. Vorleistungen

Art 380. Aussetzung der Eigenmittelanforderungen

Titel VI: Eigenmittelanforderungen für das Risiko einer Anpassung der Kreditbewertung (CVA-Risiko)

Art 381. Begriff der Anpassung der Kreditbewertung

Art 382. Anwendungsbereich

Art 383. Fortgeschrittene Methode

Art 384. Standardmethode

Art 385. Alternative zur Verwendung der CVA-Methoden für die Berechnung der Eigenmittelanforderungen

Art 386. Anerkennungsfähige Absicherungsgeschäfte *[sic]*

**Teil 4
Großkredite**

Art 387. Gegenstand

Art 388. *[aufgehoben durch ABl L 2019/314, 1]*

Art 389. Begriffsbestimmung

Art 390. Berechnung des Risikopositionswerts

Art 391. Begriffsbestimmung des Instituts für die Zwecke von Großkrediten

Art 392. Begriffsbestimmung des Großkredits

Art 393. Kapazitäten zur Ermittlung und Verwaltung von Großkrediten

Art 394. Meldepflichten

Art 395. Obergrenze für Großkredite

Art 396. Einhaltung der Anforderungen für Großkredite

Paragrafenübersicht

- Art 397. Berechnung zusätzlicher Eigenmittelanforderungen für Großkredite im Handelsbuch
- Art 398. Verfahren zur Vermeidung einer Umgehung der zusätzlichen Eigenmittelanforderung durch Institute
- Art 399. Anerkannte Kreditrisikominderungstechniken
- Art 400. Ausnahmen
- Art 401. Berechnung der Wirkung von Kreditrisikominderungstechniken
- Art 402. Risikopositionen, die aus Hypothekendarlehen resultieren
- Art 403. Substitutionsansatz

Teil 5

Risikopositionen aus übertragenen Kreditrisiken *[aufgehoben durch ABl L 2017/347, 1]*

Art 404. – 410. *[aufgehoben durch ABl L 2017/347, 1]*

Teil 6

Liquidität

Titel I: Begriffsbestimmungen und Liquiditätsanforderungen

- Art 411. Begriffsbestimmungen
- Art 412. Liquiditätsdeckungsanforderung
- Art 413. Anforderungen der stabilen Refinanzierung
- Art 414. Einhaltung der Liquiditätsanforderungen

Titel II: Liquiditätsmeldungen

- Art 415. Meldepflicht und Meldeformat
- Art 416. Meldung liquider Aktiva
- Art 417. Operative Anforderungen an den Bestand an liquiden Aktiva
- Art 418. Bewertung liquider Aktiva
- Art 419. Währungen mit begrenzter Verfügbarkeit liquider Aktiva
- Art 420. Liquiditätsabflüsse
- Art 421. Abflüsse bei Privatkundeneinlagen
- Art 422. Abflüsse bei sonstigen Verbindlichkeiten
- Art 423. Zusätzliche Abflüsse
- Art 424. Abflüsse aus Kredit- und Liquiditätsfazilitäten
- Art 425. Zuflüsse
- Art 426. Aktualisierung künftiger Liquiditätsanforderungen

Titel III: Meldungen betreffend die stabile Refinanzierung

- Art 427. Positionen, die eine stabile Refinanzierung bieten
- Art 428. Positionen, die stabile Refinanzierung erfordern

Titel IV: Strukturelle Liquiditätsquote

Kapitel 1: Strukturelle Liquiditätsquote

- Art 428 a. Anwendung auf konsolidierter Basis
- Art 428 b. Strukturelle Liquiditätsquote

(XXXIV)

Laurer/M. Schütz/Kammel/Ratka (Hrsg), BWG, Titelei

Kapitel 2: Allgemeine Regeln für die Berechnung der strukturellen Liquiditätsquote

- Art 428 c. Berechnung der strukturellen Liquiditätsquote
- Art 428 d. Derivatkontrakte
- Art 428 e. Netting von besicherten Kreditvergaben und Kapitalmarkttransaktionen
- Art 428 f. Interdependente Aktiva und Verbindlichkeiten
- Art 428 g. Einlagen in institutsbezogenen Sicherungssystemen und Genossenschaftsverbünden
- Art 428 h. Günstiger Behandlung innerhalb einer Gruppe oder innerhalb eines institutsbezogenen Sicherungssystems

Kapitel 3: Verfügbare stabile Refinanzierung

Abschnitt 1: Allgemeine Bestimmungen

- Art 428 i. Berechnung des Betrags der verfügbaren stabilen Refinanzierung
- Art 428 j. Restlaufzeit von Verbindlichkeiten oder von Eigenmitteln

Abschnitt 2: Faktoren für die verfügbare stabile Refinanzierung

- Art 428 k. Faktor für die verfügbare stabile Refinanzierung von 0%
- Art 428 l. Faktor für die verfügbare stabile Refinanzierung von 50%
- Art 428 m. Faktor für die verfügbare stabile Refinanzierung von 90%
- Art 428 n. Faktor für die verfügbare stabile Refinanzierung von 95%
- Art 428 o. Faktor für die verfügbare stabile Refinanzierung von 100%

Kapitel 4: Erforderliche stabile Refinanzierung

Abschnitt 1: Allgemeine Bestimmungen

- Art 428 p. Berechnung des Betrags der erforderlichen stabilen Refinanzierung
- Art 428 q. Restlaufzeit eines Aktivums

Abschnitt 2: Faktoren für die erforderliche stabile Refinanzierung

- Art 428 r. Faktor für die erforderliche stabile Refinanzierung von 0%
- Art 428 s. Faktor für die erforderliche stabile Refinanzierung von 5%
- Art 428 t. Faktor für die erforderliche stabile Refinanzierung von 7%
- Art 428 u. Faktor für die erforderliche stabile Refinanzierung von 7,5%
- Art 428 v. Faktor für die erforderliche stabile Refinanzierung von 10%
- Art 428 w. Faktor für die erforderliche stabile Refinanzierung von 12%
- Art 428 x. Faktor für die erforderliche stabile Refinanzierung von 15%
- Art 428 y. Faktor für die erforderliche stabile Refinanzierung von 20%
- Art 428 z. Faktor für die erforderliche stabile Refinanzierung von 25%
- Art 428 aa. Faktor für die erforderliche stabile Refinanzierung von 30%
- Art 428 ab. Faktor für die erforderliche stabile Refinanzierung von 35%
- Art 428 ac. Faktor für die erforderliche stabile Refinanzierung von 40%
- Art 428 ad. Faktor für die erforderliche stabile Refinanzierung von 50%
- Art 428 ae. Faktor für die erforderliche stabile Refinanzierung von 55%
- Art 428 af. Faktor für die erforderliche stabile Refinanzierung von 65%
- Art 428 ag. Faktor für die erforderliche stabile Refinanzierung von 85%
- Art 428 ah. Faktor für die erforderliche stabile Refinanzierung von 100%

Kapitel 5: Ausnahmeregelung für kleine und nicht komplexe Institute

Art 428 ai. Ausnahmeregelung für kleine und nicht komplexe Institute

Kapitel 6: Verfügbare stabile Refinanzierung für die vereinfachte Berechnung der strukturellen Liquiditätsquote

Abschnitt 1: Allgemeine Bestimmungen

Art 428 aj. Vereinfachte Berechnung des Betrags der verfügbaren stabilen Refinanzierung

Art 428 ak. Restlaufzeit von Verbindlichkeiten oder Eigenmitteln

Abschnitt 2: Faktoren für die verfügbare stabile Refinanzierung

Art 428 al. Faktor für die verfügbare stabile Refinanzierung von 0%

Art 428 am. Faktor für die verfügbare stabile Refinanzierung von 50%

Art 428 an. Faktor für die verfügbare stabile Refinanzierung von 90%

Art 428 ao. Faktor für die verfügbare stabile Refinanzierung von 95%

Art 428 ap. Faktor für die verfügbare stabile Refinanzierung von 100%

Kapitel 7: Erforderliche stabile Refinanzierung für die vereinfachte Berechnung der strukturellen Liquiditätsquote

Abschnitt 1: Allgemeine Bestimmungen

Art 428 aq. Vereinfachte Berechnung des Betrags der erforderlichen stabilen Refinanzierung

Art 428 ar. Restlaufzeit eines Vermögenswerts

Abschnitt 2: Faktoren für die erforderliche stabile Refinanzierung

Art 428 as. Faktor für die erforderliche stabile Refinanzierung von 0%

Art 428 at. Faktor für die erforderliche stabile Refinanzierung von 5%

Art 428 au. Faktor für die erforderliche stabile Refinanzierung von 10%

Art 428 av. Faktor für die erforderliche stabile Refinanzierung von 20%

Art 428 aw. Faktor für die erforderliche stabile Refinanzierung von 50%

Art 428 ax. Faktor für die erforderliche stabile Refinanzierung von 55%

Art 428 ay. Faktor für die erforderliche stabile Refinanzierung von 85%

Art 428 az. Faktor für die erforderliche stabile Refinanzierung von 100%

**Teil 7
Verschuldung**

Art 429. Berechnung der Verschuldungsquote

Art 429 a. Aus der Gesamtrisikopositionsmessgröße ausgeschlossene Risikopositionen

Art 429 b. Berechnung des Risikopositionswerts von Aktiva

Art 429 c. Berechnung des Risikopositionswerts von Derivaten

Art 429 d. Zusätzliche Bestimmungen für die Berechnung des Risikopositionswerts geschriebener Kreditderivate

Art 429 e. Aufschlag für das Gegenparteiausfallrisiko bei Wertpapierfinanzierungsgeschäften

Art 429 f. Berechnung des Risikopositionswerts außerbilanzieller Posten

Art 429 g. Berechnung des Risikopositionswerts von zur Abrechnung anstehenden marktüblichen Käufen und Verkäufen

(XXXVI)

Laurer/M. Schütz/Kammel/Ratka (Hrsg), BWG, Titelei

Teil 7A Meldungen

- Art 430. Meldung über Aufsichtsanforderungen und Finanzinformationen
- Art 430 a. Spezifische Meldepflichten
- Art 430 b. Besondere Meldepflichten für Marktrisiken
- Art 430 c. Machbarkeitsbericht über das integrierte Meldesystem

Teil 8 Offenlegung durch die Institute

Titel I: Allgemeine Grundsätze

- Art 431. Offenlegungspflichten und -verfahren
- Art 432. Nicht wesentliche Informationen, Geschäftsgeheimnisse oder vertrauliche Informationen
- Art 433. Häufigkeit und Umfang der Offenlegungen
- Art 433 a. Offenlegung durch große Institute
- Art 433 b. Offenlegung durch kleine und nicht komplexe Institute
- Art 433 c. Offenlegung durch andere Institute
- Art 434. Mittel der Offenlegung
- Art 434 a. Einheitliche Offenlegungsformate

Titel II: Technische Kriterien für Transparenz und Offenlegung

- Art 435. Offenlegung von Risikomanagementzielen und -politik
- Art 436. Offenlegung des Anwendungsbereichs
- Art 437. Offenlegung von Eigenmitteln
- Art 437 a. Offenlegung von Eigenmitteln und berücksichtigungsfähigen Verbindlichkeiten
- Art 438. Offenlegung von Eigenmittelanforderungen und risikogewichteten Positionsbeiträgen
- Art 439. Offenlegung des Gegenparteiausfallrisikos
- Art 440. Offenlegung von antizyklischen Kapitalpuffern
- Art 441. Offenlegung von Indikatoren der globalen Systemrelevanz
- Art 442. Offenlegung des Kredit- und des Verwässerungsrisikos
- Art 443. Offenlegung von belasteten und unbelasteten Vermögenswerten
- Art 444. Offenlegung der Verwendung des Standardansatzes
- Art 445. Offenlegung des Marktrisikos
- Art 446. Offenlegung der Steuerung des operationellen Risiko
- Art 447. Offenlegung von Schlüsselparametern
- Art 448. Offenlegung der Zinsrisiken aus nicht im Handelsbuch gehaltenen Positionen
- Art 449. Offenlegung des Risikos aus Verbriefungspositionen
- Art 449 a. Offenlegung der Umwelt-, Sozial- und Unternehmensführungsrisiken („environmental, social and governance risks“ – ESG-Risiken)
- Art 450. Offenlegung der Vergütungspolitik

Art 451. Offenlegung der Verschuldungsquote

Art 451 a. Offenlegung von Liquiditätsanforderungen

Titel III: Anforderungen an die Verwendung bestimmter Instrumente oder Methoden

Art 452. Offenlegung der Anwendung des IRB-Ansatzes auf Kreditrisiken

Art 453. Offenlegung der Verwendung von Kreditrisikominderungstechniken

Art 454. Offenlegung der Verwendung fortgeschrittener Messansätze für operationelle Risiken

Art 455. Offenlegung der Verwendung interner Modelle für das Marktrisiko

Teil 9

Delegierte Rechtsakte und Durchführungsakte

Art 456. Delegierte Rechtsakte

Art 457. Technische Anpassungen und Korrekturen

Art 458. Auf Ebene eines Mitgliedstaats festgestelltes Makroaufsichts- oder Systemrisiko

Art 459. Aufsichtliche Anforderungen

Art 460. Liquidität

Art 461. Überprüfung der schrittweisen Einführung der Liquiditätsdeckungsanforderung

Art 461 a. Alternativer Standardansatz für das Marktrisiko

Art 462. Ausübung der Befugnisübertragung

Art 463. Einwände gegen technische Regulierungsstandards

Art 464. Europäischer Bankenausschuss

Teil 10

Übergangsbestimmungen, Berichte, Prüfungen und Änderungen

Titel I: Übergangsbestimmungen

Kapitel 1: Eigenmittelanforderungen, zeitwertbilanzierte nicht realisierte Gewinne und Verluste und Abzüge

Abschnitt 1: Eigenmittelanforderungen

Art 465. Eigenmittelanforderungen

Art 466. Erstmalige Anwendung Internationaler Rechnungslegungsvorschriften

Abschnitt 2: Zeitwertbilanzierte nicht realisierte Gewinne und Verluste

Art 467. *[aufgehoben durch ABL L 2020/204, 4]*

Art 468. Vorübergehende Behandlung von zeitwertbilanzierten, im sonstigen Ergebnis nicht realisierten Gewinnen und Verlusten angesichts der COVID-19-Pandemie

Abschnitt 3: Abzüge

Unterabschnitt 1: Abzüge von Posten des harten Kernkapitals

Art 469. Abzüge von Posten des harten Kernkapitals

Art 469 a. Ausnahme von den Abzügen von Posten des harten Kernkapitals für notleidende Risikopositionen

Art 470. Ausnahmen vom Abzug von Posten des harten Kernkapitals

(XXXVIII)

Laurer/M. Schütz/Kammel/Ratka (Hrsg), BWG, Titelei

- Art 471. Ausnahmen vom Abzug von Beteiligungen an Versicherungsunternehmen von Posten des harten Kernkapitals
- Art 472. Nicht vom harten Kernkapital in Abzug zu bringende Posten
- Art 473. Einführung von Änderungen des internationalen Rechnungslegungsstandards IAS 19
- Art 473 a. Einführung des IFRS 9

Unterabschnitt 2: Abzüge von Posten des zusätzlichen Kernkapitals

- Art 474. Abzüge von Posten des zusätzlichen Kernkapitals
- Art 475. Nicht von Posten des zusätzlichen Kernkapitals in Abzug zu bringende Posten

Unterabschnitt 3: Abzüge von Posten des Ergänzungskapitals

- Art 476. Abzüge von Posten des Ergänzungskapitals
- Art 477. Abzüge von Ergänzungskapitalposten

Unterabschnitt 4: Auf Abzüge anwendbare Prozentsätze

- Art 478. Auf Abzüge von Posten des harten Kernkapitals, des zusätzlichen Kernkapitals und des Ergänzungskapitals anwendbare Prozentsätze

Abschnitt 4: Minderheitsbeteiligungen und durch Tochterunternehmen begebene Instrumente des zusätzlichen Kernkapitals und des Ergänzungskapitals

- Art 479. Anerkennung von nicht als Minderheitsbeteiligungen geltenden Instrumenten und Positionen im konsolidierten harten Kernkapital
- Art 480. Anerkennung von Minderheitsbeteiligungen und qualifiziertem zusätzlichem Kernkapital und Ergänzungskapital in den konsolidierten Eigenmitteln

Abschnitt 5: Zusätzliche Korrekturposten sowie Abzüge

- Art 481. Zusätzliche Korrekturposten sowie Abzüge
- Art 482. Anwendung auf Derivatgeschäfte mit Pensionsfonds

Kapitel 2: Bestandsschutz für Kapitalinstrumente

Abschnitt 1: Instrumente der staatlichen Beihilfe

- Art 483. Bestandsschutz für Instrumente der staatlichen Beihilfe

Abschnitt 2: Instrumente, die keine staatlichen Beihilfen darstellen

Unterabschnitt 1: Bestandsschutzfähigkeit und Beschränkungen des Bestandsschutzes

- Art 484. Bestandsschutzfähige Posten, die nach den nationalen Maßnahmen zur Umsetzung der Richtlinie 2006/48/EG als Eigenmittel gelten
- Art 485. Anerkennung von Agio, das mit Posten, die nach den nationalen Maßnahmen zur Umsetzung der Richtlinie 2006/48/EG als Eigenmittel gelten, verbunden ist, als hartes Kernkapital
- Art 486. Beschränkungen des Bestandsschutzes bei Posten innerhalb von Posten des harten Kernkapitals, des zusätzlichen Kernkapitals und des Ergänzungskapitals
- Art 487. Vom Bestandsschutz für Posten des harten Kernkapitals oder des zusätzlichen Kernkapitals ausgenommene Posten in anderen Eigenmittelbestandteilen
- Art 488. Amortisation von Posten, die als Ergänzungskapitalposten bestandsgeschützt sind

Unterabschnitt 2: Einbeziehung von Instrumenten mit Kündigungsmöglichkeit und Tilgungsanreiz in Posten des zusätzliche Kernkapitals und des Ergänzungskapitals

- Art 489. Hybride Instrumente mit Kündigungsmöglichkeit und Tilgungsanreiz

Art 490. Ergänzungskapitalposten mit einem Tilgungsanreiz

Art 491. Effektiver Fälligkeitstermin

Kapitel 3: Übergangsbestimmungen für die Offenlegung von Eigenmitteln

Art 492. Offenlegung von Eigenmitteln

Kapitel 4: Großkredite, Eigenmittelanforderungen, Verschuldung und Basel-I-Untergrenze

Art 493. Übergangsbestimmungen für Großkredite

Art 494. Übergangsbestimmungen hinsichtlich der Anforderungen an Eigenmittel und berücksichtigungsfähige Verbindlichkeiten

Art 494 a. Bestandsschutz für Emissionen von Zweckgesellschaften

Art 494 b. Bestandsschutz für Eigenmittelinstrumente und Instrumente berücksichtigungsfähiger Verbindlichkeiten

Art 494 c. Bestandsschutz für vorrangige Verbriefungspositionen

Art 495. Behandlung von Beteiligungspositionen bei der Anwendung des IRB-Ansatzes

Art 496. Eigenmittelanforderungen für gedeckte Schuldverschreibungen [*in Geltung bis 7. Juli 2022*]

Art 497. Eigenmittelanforderungen für Risikopositionen gegenüber zentralen Gegenparteien

Art 498. Ausnahme für Warenhändler

Art 499. Verschuldung

Art 500. Anpassung im Fall von Veräußerungen im großen Umfang

Art 500 a. Vorübergehende Behandlung von in der Währung eines anderen Mitgliedstaats gegebenen Staatsschuldtiteln

Art 500 b. Vorübergehender Ausschluss bestimmter Risikopositionen gegenüber Zentralbanken aus der Gesamtrisikopositionsmessgröße angesichts der COVID-19-Pandemie

Art 500 c. Ausschluss von Überschreitungen aus der Berechnung des Rückvergleichs-Zuschlagsfaktors angesichts der COVID-19-Pandemie

Art 500 d. Vorübergehende Berechnung des Risikopositionswerts von zur Abrechnung anstehenden marktüblichen Käufen und Verkäufen angesichts der COVID-19-Pandemie

Art 501. Anpassung der risikogewichteten nicht ausgefallenen Risikopositionen gegenüber KMU

Art 501 a. Anpassung der Eigenmittelanforderungen für das Kreditrisiko für Risikopositionen gegenüber Rechtsträgern, die physische Strukturen oder Anlagen, Systeme und Netze, die grundlegende öffentliche Dienste erbringen oder unterstützen, betreiben oder finanzieren

Art 501 b. Ausnahme von den Meldepflichten

Titel II: Berichte und Überprüfungen

Art 501 c. Aufsichtliche Behandlung von Risikopositionen im Zusammenhang mit ökologischen und/oder sozialen Zielen

Art 502. Zyklische Effekte von Eigenmittelanforderungen

- Art 503. Eigenmittelanforderungen für Risikopositionen in Form gedeckter Schuldverschreibungen
- Art 504. Von staatlichen Stellen im Notfall gezeichnete Kapitalinstrumente
- Art 504 a. Positionen in Instrumenten berücksichtigungsfähiger Verbindlichkeiten
- Art 505. Prüfung langfristiger Finanzierungen
- Art 506. Kreditrisiko – Definition des Ausfalls
- Art 506 a. OGA mit einem zugrunde liegenden Portfolio aus Staatsanleihen der dem Euro-Währungsgebiet angehörenden Mitgliedstaaten
- Art 506 b. NPE-Verbriefungen
- Art 507. Großkredite
- Art 508. Anwendungsstufe
- Art 509. Liquiditätsanforderungen
- Art 510. Anforderungen in Bezug auf stabile Refinanzierung
- Art 511. Verschuldung
- Art 512. Risikopositionen aus übertragenen Kreditrisiken
- Art 513. Vorschriften der Makroaufsicht
- Art 514. Methode für die Berechnung des Risikopositionswerts von Derivatgeschäften
- Art 515. Überwachung und Evaluierung
- Art 516. Langfristige Finanzierungen
- Art 517. Begriffsbestimmung der anrechenbaren Eigenmittel
- Art 518. Prüfung der Kapitalinstrumente, die abgeschrieben oder umgewandelt werden können, wenn ein Fortbestand nicht mehr gegeben ist
- Art 518 a. Überprüfung von Cross-Default-Klauseln
- Art 518 b. Berichterstattung über Überschreitungen und Aufsichtsbefugnisse zur Beschränkung von Ausschüttungen
- Art 519. Abzug der Vermögenswerte aus Pensionsfonds mit Leistungszusage von Posten des harten Kernkapitals
- Art 519 a. Bericht und Überprüfung
- Art 519 b. Eigenmittelanforderungen für das Marktrisiko

Titel IIA Durchführung der Vorschriften

- Art 519 c. Instrument zur Erleichterung der Einhaltung der Vorschriften

Titel III Änderungen

- Art 520. Änderung der Verordnung (EU) Nr. 648/2012

Teil 11
Schlussbestimmungen

- Art 521. Inkrafttreten und Geltungsbeginn

Abkürzungsverzeichnis

3L3	=	Drei-Level-Drei
aA	=	anderer Ansicht
aaO	=	am angegebenen Ort
AB	=	Ausschussbericht
ABB	=	Allgemeine Bedingungen für Bankgeschäfte
ABCP	=	Asset Backed Commercial Papers
AbgÄG	=	Abgabenänderungsgesetz
ABGB	=	Allgemeines bürgerliches Gesetzbuch JGS 946
abl	=	ablehnend
ABl	=	Amtsblatt der Europäischen Union
ABlZWZ	=	Amtsblatt zur Wiener Zeitung
ABS	=	Asset Backed Securities
Abs	=	Absatz
Abschlussprüfungs-RL	=	Richtlinie 2006/43/EG des europäischen Parlaments und des Rates vom 17. Mai 2006 über Abschlussprüfungen von Jahresabschlüssen und konsolidierten Abschlüssen, zur Änderung der Richtlinien 78/660/EWG und 83/349/EWG des Rates und zur Aufhebung der Richtlinie 84/253/EWG des Rates, ABl L 2006/157, 87
Abschn	=	Abschnitt
abw	=	Abweichend
ACFE	=	Association of Certified Fraud Examiners
ADV	=	Automationsunterstützte Datenverarbeitung
aE	=	am Ende
AEUV	=	Vertrag über die Arbeitsweise der Europäischen Union, ABl C 2008/115, 47
aF	=	alte Fassung
AFRAC	=	Austrian Financial Reporting and Auditing Committee
AfS	=	Available for Sale
AG	=	Aktiengesellschaft
AGB	=	Allgemeine Geschäftsbedingungen
AHG	=	Amtshaftungsgesetz BGBl 1949/20
AHK	=	Allgemeine Honorar-Kriterien
AIF	=	Alternative Investmentfonds
AIFM	=	Alternativer Investment Fonds Manager
AIFMD	=	siehe AIFM-RL
AIFMG	=	Alternative Investmentfonds Manager-Gesetz BGBl I 2013/135
AIFM-RL	=	Richtlinie 2011/61/EU des Europäischen Parlaments und des Rates vom 8. Juni 2011 über die Verwalter alternativer Investmentfonds und zur Änderung der Richtlinien 2003/41/EG und 2009/65/EG und der Verordnungen (EG) Nr. 1060/2009 und (EU) Nr. 1095/2010, ABl L 2011/174, 1

Abkürzungsverzeichnis

AIRB	= Advanced Internal Ratings Based Approach (Fortgeschrittener IRB-Ansatz)
AktG	= Aktiengesetz 1965 BGBl 1965/98 (Legalabkürzung: BGBl I 2009/71)
ALA	= Alternative Liquidity Approaches
Alt	= Alternative
aM	= anderer Meinung
AMA	= Advanced Measurement Approach (Fortgeschrittener Messansatz) bzw Assessment of Advanced Measurement
AMAO	= Advanced Method for Additional Outflows
AML	= Anti Money Laundering
AMM	= Additional Monitoring Metrics
AngG	= Angestelltengesetz BGBl 1921/292
Anh	= Anhang
Anl	= Anlage
Anm	= Anmerkung
AnwBl	= Österreichisches Anwaltsblatt
ao	= außerordentlich, -e, -er, -es
AO	= Ausgleichsordnung
AÖF	= Amtsblatt der österreichischen Finanzverwaltung
AP	= Anlage zum Prüfungsbericht
AP-VO	= Verordnung der Finanzmarktaufsichtsbehörde (FMA) über die Anlage zum Prüfungsbericht BGBl II 2005/305
AQR	= Asset Quality Review
AR	= Aufsichtsrat, Aufsichtsräte
Arb	= Sammlung arbeitsrechtlicher Entscheidungen
ArbVG	= Arbeitsverfassungsgesetz BGBl 1974/22
arg	= Argumento
ARGE	= Arbeitsgemeinschaft(en)
ARHG	= Auslieferungs- und Rechtshilfegesetz BGBl 1979/529
Art	= Artikel
ASchG	= ArbeitnehmerInnenschutzgesetz BGBl 1994/450
ASF	= Available Stable Funding-Faktor
ASoK	= Arbeits- und Sozialrechtskartei
A-SRI	= anderweitig systemrelevante Institute
AStN	= Aktuelle Steuer News
ASVG	= Allgemeines Sozialversicherungsgesetz BGBl 1955/189
AT	= Allgemeiner Teil
AT1	= Additional Tier 1
ATS	= österreichischer Schilling
Aufl	= Auflage
ausf	= ausführlich
AusffG	= Ausfuhrförderungsgesetz BGBl 1981/215
AusffFinG	= Ausfuhrfinanzierungsförderungsgesetz BGBl 1967/196
AuskPflG	= Auskunftspflichtgesetz BGBl 1987/287
AuslBG	= Ausländerbeschäftigungsgesetz BGBl 1975/218
AußStrG	= Außerstreitgesetz BGBl I 2003/111
AV	= Aktenvermerk

(XLIV)

Laurer/M. Schütz/Kammel/Ratka (Hrsg), BWG, Titelei

AVA	=	Additional Valuation Adjustment
AVB	=	Allgemeine Versicherungsbedingungen
AVG	=	Allgemeines Verwaltungsverfahrensgesetz 1991 BGBl 1991/51
AVRAG	=	Arbeitsvertragsrechts-Anpassungsgesetz BGBl 1993/459
AzP	=	Anlage zum Prüfungsbericht
BA	=	Bankenaufsicht
BaFin	=	(dt) Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht
BAO	=	Bundesabgabenordnung
BaSAG	=	Bundesgesetz über die Sanierung und Abwicklung von Banken (Sanierungs- und Abwicklungsgesetz) BGBl I 2014/98
BAWAG	=	Bank für Arbeit und Wirtschaft AG
BB	=	Der Betriebsberater (dt Zeitschrift)
BCBS	=	Basler Ausschuss für Bankenaufsicht (Basel Committee on Banking Supervision)
Bd	=	Band
BDG	=	Beamten-Dienstrechtsgesetz 1979 BGBl 1979/333
bearb	=	bearbeitet (von)
bes	=	besonders
BetFG	=	Beteiligungsfondsgesetz BGBl 1982/111
betr	=	betreffend, betrifft
BFH	=	(dt) Bundesfinanzhof
BG	=	Bundesgesetz bzw Bezirksgericht
BGB	=	(dt) Bürgerliches Gesetzbuch
BGBI	=	Bundesgesetzblatt
BGH	=	(dt) Bundesgerichtshof
BH	=	Bezirkshauptmann
BHG	=	Bundeshaushaltsgesetz BGBl I 2009/139
BIA	=	Basisindikatoransatz zur Ermittlung des operationellen Risikos
BiBuG	=	Bilanzbuchhaltungsgesetz BGBl I 2006/161
BIP	=	Bruttoinlandsprodukt
BIRG	=	Bankeninterventions- und Restrukturierungsgesetz
BIS	=	Bank for International Settlements
BIZ	=	Bank für Internationalen Zahlungsausgleich
KA	=	Bundeskanzleramt
KA-G	=	Bundeskriminalamt-Gesetz BGBl I 2002/22
Blg	=	Beilage(n)
BlgNR	=	Beilage zu den stenographischen Protokollen des Nationalrats
BMBWK	=	Bundesminister(ium) für Bildung, Wissenschaft und Kultur, nunmehr BMUKK und BMWFW
BMEIA	=	Bundesminister(ium) für Europa, Integration und Äußeres
BMF	=	Bundesminister(ium) für Finanzen
BMI	=	Bundesminister(ium) für Inneres
BMJ	=	Bundesminister(ium) für Justiz
BMSVG	=	Betriebliches Mitarbeiter- und Selbständigenvorsorgegesetz BGBl I 2002/100
BMUKK	=	Bundesminister(ium) für Unterricht, Kunst und Kultur

Abkürzungsverzeichnis

BMVG	=	Betriebliches Mitarbeiterversorgungsgesetz BGBl I 2002/100 (nunmehr: BMSVG)
BMWA	=	Bundesminister(ium) für Wirtschaft und Arbeit
BMWF	=	Bundesminister(ium) für Wissenschaft und Forschung
BMWFW	=	Bundesminister(ium) für Wissenschaft, Forschung und Wirtschaft
BoE	=	Bank of England
BörseG 2018	=	Börsengesetz 2018 BGBl I 2017/107
BoS	=	Board of Supervisors
BPCE	=	Banques Populaires Caisses d'Épargne
BPG	=	Betriebspensionsgesetz BGBl 1990/282
BPR	=	Bankprüfungsrichtlinie des IWP
BPräs	=	Bundespräsident
BReg	=	Bundesregierung
BRRD	=	Richtlinie 2014/59/EU des Europäischen Parlaments und des Rates vom 15. 5. 2014 zur Festlegung eines Rahmens für die Sanierung und Abwicklung von Kreditinstituten und Wertpapierfirmen und zur Änderung der Richtlinie 82/891/EWG des Rates, der Richtlinien 2001/24/EG, 2002/47/EG, 2004/25/EG, 2005/56/EG, 2007/36/EG, 2011/35/EU, 2012/30/EU und 2013/36/EU sowie der Verordnungen (EU) Nr. 1093/2010 und (EU) Nr. 648/2012 des Europäischen Parlaments und des Rates, ABl L 2014/173, 190; Bank Recovery and Resolution Directive
BRRD II	=	Richtlinie (EU) 2019/879 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 20. 5. 2019 zur Änderung der Richtlinie 2014/59/EU in Bezug auf die Verlustabsorptions- und Rekapitalisierungskapazität von Kreditinstituten und Wertpapierfirmen und der Richtlinie 98/26/EG, ABl L 2019/150, 296; Bank Recovery and resolution Directive II
BS	=	Bonitätsstufe
BSpG	=	Bausparkassengesetz BGBl 1993/532 idgF
BSpkV	=	Verordnung der Finanzmarktaufsichtsbehörde (FMA) zum Bausparkassengesetz (Bausparkassengesetzverordnung) BGBl II 2009/355
bspw	=	beispielsweise
BStMG	=	Bundesstraßen-Mautgesetz 2002 BGBl I 2002/109
BT	=	(dt) Bundestag
BTS	=	Bindender Technischer Standard
BVB	=	Bezirksverwaltungsbehörde
BVG	=	Bundesverfassungsgesetz
B-VG	=	Bundesverfassungsgesetz BGBl 1930/1
BVwG	=	Bundesverwaltungsgericht
BWA	=	Bundeswertpapieraufsicht
BWB	=	Bundeswettbewerbsbehörde
BWG	=	Bankwesengesetz BGBl 1993/532
bzgl	=	bezüglich
bzw	=	beziehungsweise
ca	=	circa
CA	=	Kapitaladäquanz (Capital Adequacy)

(XLVI)

Laurer/M. Schütz/Kammel/Ratka (Hrsg), BWG, Titelei

CAD	= Richtlinie 2006/49/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 14. 6. 2006 über die angemessene Eigenkapitalausstattung von Wertpapierfirmen und Kreditinstituten (Neufassung), ABl L 2006/177, 201 bzw Kapitaladäquanz
CBSG	= Gruppen für die länderübergreifende Finanzmarktstabilität (Cross-Border Stability Groups)
CCF	= Credit Conversion Factor
CCP	= Zentrale Gegenparteien (Central Counter Parties)
CCR	= Kontrahentenausfallsrisiko (Counterparty Credit Risk)
CD	= Certificates of Deposit
CDO	= Collateralized Debt Obligation
CDS	= Credit Default Swap
CEBS	= Komitee der Europäischen Bankaufsichtsbehörden (Committee of European Banking Supervisors; Level 3-Komitee)
CEIOPS	= Committee of European Insurance and Occupational Supervisors
CESR	= Committee of European Securities Regulators
CET1	= Core Equity Tier 1
CETS	= Council of Europe Treaty Series
CF	= Umrechnungsfaktor (Conversion Factor)
CfA	= Call for Advice
CG	= Corporate Governance
CGK	= Corporate Governance Kodex
CHF	= Schweizer Franken
CLN	= Credit Linked Note
CLO	= Collateralized Loan Obligation
CMG	= Krisenmanagementgruppen (Crisis Management Groups)
COM	= Europäische Kommission (European Commission)
CoCo-Bonds	= Contingent Convertible Bonds
COREP	= Common European Solvency Reporting
CP	= Konsultationspapier (Consultation Paper)
CRD	= Richtlinie 2013/36/EU des Europäischen Parlaments und des Rates vom 26. 6. 2013 über den Zugang zur Tätigkeit von Kreditinstituten und die Beaufsichtigung von Kreditinstituten und Wertpapierfirmen, zur Änderung der Richtlinie 2002/87/EG und zur Aufhebung der Richtlinien 2006/48/EG und 2006/49/EG, ABl L 2013/176, 338
CRD II	= Richtlinie 2009/111/EG des europäischen Parlaments und des Rates vom 16. September 2009 zur Änderung der Richtlinien 2006/48/EG, 2006/49/EG und 2007/64/EG hinsichtlich Zentralorganisationen zugeordneter Banken, bestimmter Eigenmittelbestandteile, Großkredite, Aufsichtsregelungen und Krisenmanagement, ABl L 2009/302, 97
CRD III	= Richtlinie 2010/76/EU des europäischen Parlaments und des Rates vom 24. November 2010 zur Änderung der Richtlinien 2006/48/EG und 2006/49/EG im Hinblick auf die Eigenkapitalanforderungen für Handelsbuch und Wiederverbriefungen und im Hinblick auf die aufsichtliche Überprüfung der Vergütungspolitik, ABl L 2010/329, 3
CRD IV	= Richtlinie 2014/17/EU des Europäischen Parlaments und des Rates vom 4. 2. 2014 über Wohnimmobilienkreditverträge für Verbraucher

Abkürzungsverzeichnis

	und zur Änderung der Richtlinien 2008/48/EG und 2013/36/EU und der Verordnung (EU) Nr. 1093/2010, ABl L 2014/60, 34
CRD V	= Richtlinie (EU) 2019/878 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 20. 5. 2019 zur Änderung der Richtlinie 2013/36/EU im Hinblick auf von der Anwendung ausgenommene Unternehmen, Finanzholdinggesellschaften, gemischte Finanzholdinggesellschaften, Vergütung, Aufsichtsmaßnahmen und -befugnisse und Kapitalerhaltungsmaßnahmen, ABl L 2019/150, 253
CRM	= Kreditrisikominderung (Credit Risk Mitigation)
CRR	= Verordnung (EU) 2013/575 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 26. 6. 2013 über Aufsichtsanforderungen an Kreditinstitute und Wertpapierfirmen und zur Änderung der Verordnung (EU) 2012/648, ABl L 176 vom 27. 6. 2013, 1 idF des Corrigendums, ABl L 2013/321, 6; Capital Requirement Regulation bzw CRR I
CRR I	= siehe CRR
CRR II	= Verordnung (EU) 2019/876 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 20. 5. 2019 zur Änderung der Verordnung (EU) Nr. 575/2013 in Bezug auf die Verschuldungsquote, die strukturelle Liquiditätsquote, Anforderungen an Eigenmittel und berücksichtigungsfähige Verbindlichkeiten, das Gegenparteiausfallrisiko, das Marktrisiko, Risikopositionen gegenüber zentralen Gegenparteien, Risikopositionen gegenüber Organismen für gemeinsame Anlagen, Großkredite, Melde- und Offenlegungspflichten und der Verordnung (EU) Nr. 648/2012, ABl L 2019/150, 1
CRR-BegleitV	= siehe CRR-BV
CRR-BV	= Verordnung der Finanzmarktaufsichtsbehörde (FMA), mit der begleitende Maßnahmen zur Verordnung (EU) Nr. 575/2013 hinsichtlich der Ausübung von Behördenwahlrechten in Bezug auf die Übergangsbestimmungen betreffend Eigenmittelanforderungen, das Marktrisiko, das Kreditrisiko und die Konsolidierungsbestimmungen getroffen werden (CRR-Begleitverordnung) BGBl II 2013/425
CRR-E	= CRR-Entwurf
CRR-FI	= europäische(s) Finanzinstitut(e)
CRR-KI	= europäische(s) Kreditinstitut(e)
CVA	= Credit Valuation Adjustment
d	= deutsch, -e, -er, -es
dA	= national benannte Behörde für die makroprudentielle Aufsicht (designated authority in a Member State); in Ö die FMA
DB Research	= Deutsche Bank Research
DBA	= Doppelbesteuerungsabkommen
Def	= Definition
delVO	= delegierte Verordnung
DepG	= Depotgesetz BGBl 1969/162
ders	= derselbe
DevG	= Devisengesetz 2004 BGBl I 2003/123
dh	= das heißt

(XLV/III)

Laurer/M. Schütz/Kammel/Ratka (Hrsg), BWG, Titelei

di	=	das ist
dies	=	dieselbe
DIIR	=	Deutsches Institut für Interne Revision
DIW	=	Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung
dKWG	=	dt Kreditwesengesetz
DL	=	Dienstleistung
dRGBI	=	deutsches Reichsgesetzblatt
DRS	=	Deutscher Rechnungslegungsstandard
DRSC	=	Deutsches Rechnungslegungsstandards Committee
Drucks	=	Drucksache
ds	=	das sind
DSB	=	Datenschutzbehörde
DSG	=	Datenschutzgesetz 2000 BGBl I 1999/165
D-SIIs	=	Domestic Systemically Important Institutions
DSK	=	Datenschutzkommission
dt	=	deutsch, -e, -er, -es
DTA	=	Deferred Tax Assets
DTL	=	Deferred Tax Liabilities
dUmwG 1994	=	dt Umweltgesetz 1994
DVA	=	Debit Valuation Adjustment
DVO	=	Durchführungsverordnung
dVO LCR	=	Delegierte Verordnung (EU) 2015/61 der Kommission vom 10. 10. 2014 zur Ergänzung der Verordnung (EU) Nr. 575/2013 des Europäischen Parlaments und des Rates in Bezug auf die Liquiditätsdeckungsanforderung an Kreditinstitute, ABl L 2015/11, 1
EAD	=	Exposure-at-Default
EB	=	Erläuternde Bemerkungen
EBA	=	Europäische Bankaufsichtsbehörde (European Banking Authority)
EBA-BTS	=	Binding Technical Standard der EBA (Durchführungsstandard der EBA)
EBA-V(O)	=	Verordnung (EU) 1093/2010 des europäischen Parlaments und des Rates vom 24. 11. 2010 zur Errichtung einer Europäischen Aufsichtsbehörde (Europäische Bankenaufsichtsbehörde), zur Änderung des Beschlusses Nr. 716/2009/EG und zur Aufhebung des Beschlusses 2009/78/EG der Kommission, ABl L 331, 15. 12. 2010, 12 idF Verordnung (EU) 806/2014 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 15. Juli 2014 zur Festlegung einheitlicher Vorschriften und eines einheitlichen Verfahrens für die Abwicklung von Kreditinstituten und bestimmten Wertpapierfirmen im Rahmen eines einheitlichen Abwicklungsmechanismus und eines einheitlichen Abwicklungsfonds sowie zur Änderung der Verordnung (EU) Nr. 1093/2010, ABl L 2014/225, 1
EBC	=	Europäischer Bankenausschuss (European Banking Committee; Level 2-Komitee)
ECAI	=	External Credit Assessment Institution
ECB	=	European Central Bank (Europäische Zentralbank – EZB)

Abkürzungsverzeichnis

ECIIA	=	European Confederation of Institutes of Internal Auditing
ECOFIN	=	Rat der Finanz- und Wirtschaftsminister
ecolex	=	Fachzeitschrift für Wirtschaftsrecht
EEffG	=	Bundes-Energieeffizienzgesetz BGBl 2014/72
EEG	=	Eingetragene Erwerbsgesellschaft
EFSS	=	Europäische Finanzstabilisierungsfazilität (European Financial Stability Facility)
EFTA	=	European Free Trade Association
EG	=	Europäische Gemeinschaft oder Erwägungsgrund
E-Geld	=	Elektronisches Geld
E-GeldG	=	E-Geldgesetz 2010 BGBl I 2010/107
EGEO	=	Einführungsgesetz zur Exekutionsordnung BGBl 1953/6
EGG	=	Erwerbsgesellschaftengesetz BGBl 1990/257, aufgehoben durch BGBl I 2005/120
EGMR	=	Europäischer Gerichtshof für Menschenrechte
EGT	=	Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit
EGV	=	Vertrag zur Gründung der Europäischen Gemeinschaften
EGVG	=	Einführungsgesetz zu den Verwaltungsverfahrensgesetzen 1991
Einf	=	Einführung
EinführungsV zum HypBG	=	Verordnung über die Einführung des Hypothekenbankgesetzes und des Gesetzes über die Pfandbriefe und verwandten Schuldverschreibungen öffentlich-rechtlicher Kreditanstalten im Lande Österreich vom 11. November 1938 dRGBI I 1938/1574
Einl	=	Einleitung
einschl	=	einschließlich
EIOPA	=	Europäische Aufsichtsbehörde für das Versicherungswesen und die betriebliche Altersversorgung (European Insurance and Occupational Pensions Authority)
EIRAG	=	Europäisches Rechtsanwaltsgesetz BGBl I 2000/27
EK	=	Europäische Kommission
EK-V(O)	=	EK-Verordnung
EKV 2016	=	Verordnung der Finanzmarktaufsichtsbehörde (FMA) über die Informationen, die ein Anzeigepflichtiger, der einen Erwerb, eine Erhöhung, eine Aufgabe oder eine Herabsetzung einer qualifizierten Beteiligung an einem Kreditinstitut, an einem Versicherungs- oder Rückversicherungsunternehmen, an einer Wertpapierfirma, an einem Wertpapierdienstleistungsunternehmen, an einem Zahlungsinstitut oder an einem E-Geld-Institut beabsichtigt, der FMA vorzulegen hat (Eigentümerkontrollverordnung 2016) BGBl II 2015/425
EL	=	Erwarteter Verlust (expected loss)
EMIR	=	Verordnung (EU) Nr. 648/2012 des europäischen Parlaments und des Rates vom 4. Juli 2012 über OTC-Derivate, zentrale Gegenparteien und Transaktionsregister, ABl L 2012/201, 1; European Market Infrastructure Regulation
EMRK	=	Europäische Menschenrechtskonvention BGBl 1958/210
Entw	=	Entwurf
EO	=	Exekutionsordnung RBl 1896/79 (Legalabkürzung: BGBl I 2005/68)

(L)

Laurer/M. Schütz/Kammel/Ratka (Hrsg), BWG, Titelei

EP	=	Europäisches Parlament
EPE	=	erwarteter positiver Wiederbeschaffungswert (Expected Positive Exposure)
Erk	=	Erkenntnis
Erl	=	Erläuterungen
ErläutRV	=	Erläuterungen zur Regierungsvorlage
ErlRV	=	siehe ErläutRV
ERPFG	=	ERP-Fonds-Gesetz BGBl 1962/207
ErwG	=	Erwägungsgrund
ErwGr	=	siehe ErwG
ESA	=	Europäische Aufsichtsbehörden (European Supervisory Authorities), ds EBA, ESMA und EIOPA
ESAEG	=	Einlagensicherungs- und Anlegerentschädigungsgesetz – ESAEG BGBl I 2015/117 idgF
ESC	=	European Securities Committee
ESFS	=	Europäische Finanzaufsichtssystem (European System of Financial Supervision)
E-SIIs	=	European Systemically Important Institutions
ESM	=	Europäischer Stabilitätsmechanismus (European Stability Mechanism)
ESMA	=	Europäische Wertpapier- und Marktaufsichtsbehörde (European Securities and Markets Authority)
ESRB	=	Europäischer Ausschuss für Systemrisiken (European Systemic Risk Board)
ESS	=	Einlagensicherungssystem
ESS-RL	=	Richtlinie 2014/49/EU des Europäischen Parlaments und des Rates vom 16. 4. 2014 über Einlagensicherungssysteme, ABl L 2014/173, 149 idF des ABl L 2014/309, 37
Est	=	Einkommensteuer
ESTG	=	Einkommensteuergesetz 1988 BGBl 1998/400
ESZB	=	Europäisches System der Zentralbanken
et al	=	et alii/et aliae (und andere)
etc	=	et cetera
ETD	=	Exchange-traded Derivative
EU	=	Europäische Union
EuG	=	Europäisches Gericht erster Instanz
EU-GesRÄG	=	EU-Gesellschaftsrechtsänderungsgesetz BGBl 1996/304
EuGH	=	Europäischer Gerichtshof
EUR	=	Euro
EU-SRM	=	Einheitliche Bankenabwicklungsmechanismus der EU (Single-Resolution-Mechanism)
EUV	=	Vertrag über die Europäische Union, ABl C 1992/191, 1
EuZW	=	Europäische Zeitschrift für Wirtschaftsrecht
ev	=	eventuell
EvBl	=	Evidenzblatt der Rechtsmittelentscheidungen in Österreichische Juristen-Zeitung
EVÜ	=	Übereinkommen über das auf vertragliche Schuldverhältnisse anzuwendende Recht BGBl III 1998/208

Abkürzungsverzeichnis

EWG	= Europäische Wirtschaftsgemeinschaft
EWIV	= Europäische wirtschaftliche Interessenvereinigung
EWK	= Europäischer Wirtschaftsraum
EWK-V	= EWK-Vertrag BGBl 1993/909
EZB	= Europäische Zentralbank
EZB-VO	= Verordnung (EU) 2016/445 der Europäischen Zentralbank vom 14. März 2016 über die Nutzung der im Unionsrecht eröffneten Optionen und Ermessensspielräume (EZB/2016/4), ABl L 2016/78, 60
f, ff	= und der/die folgende/n
FA	= Finanzamt
FAQ	= Frequently Asked Questions (Interpretationsfragen, die von der EBA beantwortet werden)
FAS	= Financial Accounting Standards
FASB	= Financial Accounting Standards Board
FATF	= Financial Action Task Force
FBG	= Firmenbuchgesetz BGBl 1991/10
FBSchVG	= Gesetz vom 27. Dezember 1905, betreffend fundierte Bankschuldverschreibungen – FBSchVG, RGBl. Nr. 1905/213 idGF
FERMA	= Federation of European Risk Management Associations
FernFinG	= Fern-Finanzdienstleistungs-Gesetz BGBl I 2004/62
FFG	= Forschungsförderungsgesetz 1982 BGBl 1982/434
FH	= Finanz-Holdinggesellschaft
FI	= Finanzinstitut(e)
FiCoD	= Richtlinie 2002/87/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 16. Dezember 2002 über die zusätzliche Beaufsichtigung der Kreditinstitute, Versicherungsunternehmen und Wertpapierfirmen eines Finanzkonglomerats und zur Änderung der Richtlinien 73/239/EWG, 79/267/EWG, 92/49/EWG, 92/96/EWG, 93/6/EWG und 93/22/EWG des Rates und der Richtlinien 98/78/EG und 2000/12/EG des Europäischen Parlaments und des Rates, ABl L 2002/87, 1
FIMBAG	= Finanzmarktbeteiligung Aktiengesellschaft des Bundes
Finanzkonglomerat-RL	= Richtlinie 2002/87/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 16. 12. 2002 über die zusätzliche Beaufsichtigung der Kreditinstitute, Versicherungsunternehmen und Wertpapierfirmen eines Finanzkonglomerats und zur Änderung der Richtlinien 73/239/EWG, 79/267/EWG, 92/49/EWG, 92/96/EWG, 93/6/EWG und 93/22/EWG des Rates und der Richtlinien 98/78/EG und 2000/12/EG des Europäischen Parlaments und des Rates, ABl L 035 vom 11. 2. 2003, 1 idF Richtlinie 2013/36/EU des Europäischen Parlaments und des Rates vom 26. 6. 2013 über den Zugang zur Tätigkeit von Kreditinstituten und die Beaufsichtigung von Kreditinstituten und Wertpapierfirmen, zur Änderung der Richtlinie 2002/87/EG und zur Aufhebung der Richtlinien 2006/48/EG und 2006/49/EG, ABl L 2013/176, 338
FINREP	= Common European Financial Reporting
FinStaG	= Finanzmarktstabilitätsgesetz BGBl I 2008/136
FinStrG	= Finanzstrafgesetz BGBl 1958/129

(LII)

Laurer/M. Schütz/Kammel/Ratka (Hrsg), BWG, Titelei

FKG	=	Finanzkonglomeratengesetz BGBl I 2004/70
FLF	=	Finanzierung Leasing Factoring (dt Zeitschrift)
FMA	=	Finanzmarktaufsichtsbehörde
FMABG	=	Finanzmarktaufsichtsbehördengesetz BGBl I 2001/97
FMA-FriVerV 2020	=	Verordnung der Finanzmarktaufsichtsbehörde (FMA) über die Verlängerung von Fristen im Jahr 2020 – FMA-Fristenverlängerungsverordnung 2020 (FMA-FriVerV 2020) und zur Änderung der FMA-Kostenverordnung 2016 (FMA-KVO 2016) BGBl II 2020/181
FMA-FXTT-MS	=	FMA-Mindeststandards zum Risikomanagement und zur Vergabe von Fremdwährungskrediten und Krediten mit Tilgungsträgern
FMA-GebV	=	Verordnung der Finanzmarktaufsichtsbehörde über die Gebühren der Finanzmarktaufsicht (FMA-Gebührenverordnung) BGBl II 2004/230
FMA-IPV	=	Verordnung der Finanzmarktaufsichtsbehörde (FMA) über die elektronische Einbringung (FMA-Incoming-Plattformverordnung) BGBl II 2010/184
FMA-KVO 2016	=	Verordnung der Finanzmarktaufsichtsbehörde (FMA) über die Kosten der Finanzmarktaufsicht (FMA-Kostenverordnung 2016) BGBl II 2016/419
FMA-MS	=	Mindeststandards der Finanzmarktaufsicht
FMA-MS-BSPK	=	FMA-Mindeststandards für die Information von Bausparern und die Werbung der Bausparkassen
FMA-MS-IR	=	FMA-Mindeststandards für die interne Revision
FMA-MS-K	=	FMA-Mindeststandards für das Kreditgeschäft und andere Geschäfte mit Adressenausfallsrisiken vom 13. April 2005
FM-GwG	=	Finanzmarkt-Geldwäschegesetz – FM-GwG BGBl I 2016/118
FMA-PIV	=	Verordnung der Finanzmarktaufsichtsbehörde (FMA) über Maßnahmen der Produktintervention (FMA-Produktinterventionsverordnung) BGBl II 2019/118 idgF
FMSG	=	Finanzmarktstabilitätsgremium
FN	=	Fußnote
FPC	=	Financial Policy Committee
FR	=	Framework Regulation
FRA	=	Forward Rate Agreement
FS	=	Festschrift
FSAP	=	Mitteilung der Kommission – Finanzdienstleistungen: Umsetzung des Finanzmarktrahmens, Aktionsplan, KOM 1999/232 vom 11. 5. 1999; Financial Services Action Plan
FSB	=	Finanzstabilitätsrat (Financial Stability Board)
FSF	=	Financial Stability Forum
FTFG	=	Forschungs- und Technologieförderungsgesetz BGBl 1982/434
FV	=	Fair Value
FVA	=	Funding Valuation Adjustment
FVO	=	Fair Value Option
FVOCI	=	Fair Value through other comprehensive income
FW	=	Forderungswert (Exposure Value)
FYR	=	Former Yugoslav Republic

Abkürzungsverzeichnis

G	=	Gesetz(e)
G&V	=	Gewinn und Verlust
GA	=	Gemeinsamer Ausschuss der Europäischen Aufsichtsbehörden
GASP	=	Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik
GBLÖ	=	Gesetzblatt für das Land Österreich (1938 – 1940)
GBU	=	GmbH-Bulletin
GebG	=	Gebührengesetz 1957 BGBl 1957/267
GedS	=	Gedenkschrift
gem	=	gemäß
Gen	=	Genossenschaft
GenG	=	Genossenschaftsgesetz RGBL 1873/70
GenRevG	=	Genossenschaftsrevisionsgesetz 1997 BGBl I 1997/127
GenRevRÄG 1997	=	Genossenschaftsrevisionsrechtsänderungsgesetzes 1997 BGBl I 1997/ 127
GenVG	=	Genossenschaftsverschmelzungsgesetz BGBl 1980/223
GES	=	Zeitschrift für Gesellschaftsrecht und angrenzendes Steuerrecht
GesbR	=	Gesellschaft bürgerlichen Rechts
GesmbH	=	Gesellschaft mit beschränkter Haftung
GesRÄG 2004	=	Gesellschaftsrechtsänderungsgesetz 2004 BGBl I 2004/67
GesRZ	=	Der Gesellschafter, Zeitschrift für Gesellschafts- und Unternehmensrecht
GewO	=	Gewerbeordnung 1994 BGBl 1994/194
GFB	=	Gewichteter Forderungsbetrag
GG	=	Gesetzgeber
ggf	=	gegebenenfalls
ggst	=	gegenständiglich
GKE-V 2018	=	Verordnung der Finanzmarktaufsichtsbehörde (FMA) über die Mel- dungen zur Erhebung granularer Kreditdaten (Granulare Kreditdaten- erhebungs-Verordnung 2018) BGBl II 2018/170 idgF
GKM-V	=	Großkreditmeldungs-Verordnung BGBl 1993/772
GL	=	Geschäftsleitung, Geschäftsleiter, -in oder Guideline(s)
GmbH	=	Gesellschaft mit beschränkter Haftung
GmbHG	=	GmbH-Gesetz RGBL 1906/58
GO	=	Geschäftsordnung
GoB	=	Grundsätze ordnungsgemäßer Buchführung
GP	=	Gesetzgebungsperiode
GPR	=	(dt) Zeitschrift für Gemeinschaftsprivatrecht
GRC	=	Charta der Grundrechte der Europäischen Union vom 18. 12. 2000, ABl C 2000/354, 1
grds	=	grundsätzlich
GRECO	=	Staatengruppe gegen Korruption
G-SIIs	=	Global Systemically Important Institutions
GSpG	=	Glücksspielgesetz BGBl 1989/620
G-SRI	=	Globale Systemrelevante Institute
GSVG	=	Gewerbliches Sozialversicherungsgesetz BGBl 1978/560
GTV 2016	=	Geldwäscherei- und Terrorismusfinanzierungsrisiko-Verordnung 2016 BGBl II 2015/422
GuV	=	Gewinn- und Verlustrechnung

(LIV)

Laurer/M. Schütz/Kammel/Ratka (Hrsg), BWG, Titelei

hA	= herrschende Auffassung
HA	= Hauptausschuss
HaRÄG	= Handelsrecht-Änderungsgesetz BGBl I 2005/120
HB	= Handbuch
HfT	= Hold for Trading
HGB	= Handelsgesetzbuch (seit BGBl I 2005/120: UGB)
HIKrG	= Hypothekar- und Immobilienkreditgesetz BGBl I 2015/135
hL	= herrschende Lehre
HLBA	= Historical Look Back Approach
HLEG	= High-level Expert Group
hM	= herrschende Meinung
HQLA	= hochliquide Aktiva (High Quality Liquid Assets)
Hrsg, hrsg	= Herausgeber, herausgegeben von
HS	= Halbsatz oder Handelsrechtliche Entscheidungen
HV	= Hauptversammlung
HypBG	= Hypothekenbankgesetz dRGl 1899, 375 (Legalabkürzung: BGBl I 2005/32)
IAA	= Internal Assessment Approach
IAASB	= International Auditing and Assurance Standard Board
IAIS	= International Association of Insurance Supervisors
IAS	= International Accounting Standard(s)
IASB	= International Accounting Standards Board
IASC	= International Accounting Standards Committee
IAS-VO	= Verordnung (EG) 1606/2002 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 19. 7. 2002 betreffend die Anwendung internationaler Rechnungslegungsstandards, ABl L 2002/243, 1
IBNR	= Incurred but not Reported
ICAAP	= Beurteilung der Angemessenheit des Internen Kapitals (Internal Capital Adequacy Assessment Process)
idF	= in der Fassung
idgF	= in der geltenden Fassung
idR	= in der Regel
IDW	= Institut Deutscher Wirtschaftsprüfer
idZ	= in diesem Zusammenhang
IEG	= Insolvenzrechtseinführungsgesetz RGl 1914/337 idF BGBl I 1997/114 Art III
ieS	= im engeren Sinn
IFRIC	= International Financial Reporting Interpretations Committee
IFRS	= International Financial Reporting Standard(s)
IGT	= Internationale Genossenschaftswissenschaftliche Tagung
iHv	= in Höhe von
IIA	= Institute of Internal Auditors
IKS	= internes Kontrollsystem
ILAAP	= Beurteilung der Angemessenheit der Internen Liquidität (Internal Liquidity Adequacy Assessment Process)
IMF	= siehe IWF

Abkürzungsverzeichnis

IMM	=	auf einem internen Modell beruhende Methode
ImmoInvFG	=	Immobilien-Investmentfondsgesetz – ImmoInvFG BGBl I 2003/80
infas	=	Informationen aus dem Arbeits- und Sozialrecht
insb	=	insbesondere
Inst	=	Institut, -e, -en
int	=	international, -e, -er, -es
InvFG 2011	=	Investmentfondsgesetz 2011 BGBl I 2011/77
InvFG-AIF	=	Investmentfondsgesetz-Alternative Investmentfonds
IO	=	Insolvenzordnung RGBL 1914/337 (Legalabkürzung und Kurztitel: BGBl I 2010/29)
IOSCO	=	International Organisation of Securities Commissions
IP losses	=	Verluste, die aus Krediten erwachsen, die durch Immobilien (IP – im-movable property) gesichert sind
IPRG	=	BG 15. 6. 1978 BGBl 304 über das internationale Privatrecht
IPS	=	institutsbezogenes Sicherungssystem (Institutional Protection Scheme)
IR	=	Interne Revision
IRB	=	Internal Ratings Based
IRB-A	=	auf Internen Ratings basierender Ansatz (Internal Ratings Based Ap-proach)
IRZ	=	Zeitschrift für internationale Rechnungslegung (2006 ff)
iS	=	im Sinne
ISA	=	International Standards on Auditing
ISACA	=	Information Systems Audit and Control Association
iSd	=	im Sinne des/der
ISDA	=	International Swaps and Derivatives Association
ISS	=	Institutspezifisches Sicherungssystem
iSv	=	im Sinne von
IT	=	Informationstechnologie (Information Technology)
ITS	=	Technischer Durchführungsstandard (Implementing Technical Stan-dard)
ITS Reporting	=	Implementing Technical Standard Reporting
iVm	=	in Verbindung mit
IWF	=	Internationaler Währungsfonds (International Monetary Fund)
IWP	=	Institut Österreichischer Wirtschaftsprüfer
iwS	=	im weiteren Sinne
iZm	=	im Zusammenhang mit
JBl	=	Juristische Blätter
JGS	=	Justizgesetzsammlung, Gesetze und Verordnungen im Justizfach (1780 – 1848)
JKAB-V	=	Verordnung der Finanzmarktaufsichtsbehörde (FMA) über die elekt-ronischen Meldungen betreffend Jahres- und Konzernabschluss (Jah-res- und Konzernabschluss-Verordnung) BGBl II 2006/470
JN	=	Jurisdiktionsnorm RGBL 1895/111
JRAD-SREP	=	Joint Risk Assessment – Supervisory Review Evaluation Process
JRP	=	Journal für Rechtspolitik

(LVI)

Laurer/M. Schütz/Kammel/Ratka (Hrsg), BWG, Titelei

JST	=	Gemeinsame Aufsichtsteams von EZB und NCAs (Joint Supervisory Teams)
Jud	=	Judikatur
JUS	=	Jus-Extra, Beilage zur Wiener Zeitung
KAG	=	Kapitalanlagegesellschaft
KapBG	=	Kapitalberichtigungsgesetz BGBl 1967/171
KartG	=	Kartellgesetz 2005 BGBl I 2005/61
Kdm	=	Kundmachung
KESSt	=	Kapitalertragssteuer
KG	=	Kommanditgesellschaft
KI	=	Kreditinstitut(e)
KID-V	=	Verordnung der Finanzmarktaufsichtsbehörde (FMA) über das Kundeninformationsdokument BGBl II 2011/265 idgF
KI-RIMAV	=	siehe KI-RMV
KI-RMV	=	Verordnung der Finanzmarktaufsichtsbehörde (FMA) über die ordnungsgemäße Erfassung, Steuerung, Überwachung und Begrenzung der Risikoarten gemäß § 39 Abs. 2 b BWG (Kreditinstitute-Risikomanagementverordnung) BGBl II 2013/487
K-LHG	=	Kärntner Landesholding-Gesetz LGBl 1991/37
KMG 2019	=	Kapitalmarktgesetz 2019 BGBl I 2019/62
KMR	=	Kapitalmarktrecht
KMU	=	kleine(s) und mittlere(s) Unternehmen
KO	=	Konkursordnung RGBL 1914/337 idF IRÄG 1982 BGBl 370 Art II (seit BGBl I 2010/29: IO)
Konzernbilanz- RL	=	Richtlinie 2013/34/EU des Europäischen Parlaments und des Rates vom 26. Juni 2013 über den Jahresabschluss, den konsolidierten Abschluss und damit verbundene Berichte von Unternehmen bestimmter Rechtsformen und zur Änderung der Richtlinie 2006/43/EG des Europäischen Parlaments und des Rates und zur Aufhebung der Richtlinien 78/660/EWG und 83/349/EWG des Rates Text von Bedeutung für den EWR, ABl L 2013/182, 19
KoR	=	(dt) Zeitschrift für internationale und kapitalmarktorientierte Rechnungslegung
KöSt	=	Körperschaftsteuer
KP-V 2021	=	Verordnung der Finanzmarktaufsichtsbehörde (FMA) über die Festlegung und Anerkennung der Kapitalpufferanforderungen für den anti-zyklischen Kapitalpuffer, für Systemrelevante Institute und für den Systemrisikopuffer (Kapitalpuffer-Verordnung 2021) BGBl II 2021/245
krit	=	kritisch
KSA	=	Kreditstandardansatz
KSchG	=	Konsumentenschutzgesetz BGBl 1979/140
KSTA	=	Kreditrisiko-Standardansatz
KStG	=	Körperschaftsteuergesetz 1988 BGBl 1988/401
KWG	=	Kreditwesengesetz 1979 BGBl 63
KuRG	=	Gesetz vom 24. April 1874, betreffend die gemeinsame Vertretung der Rechte der Besitzer von auf Inhaber lautenden oder durch Indossament

Abkürzungsverzeichnis

übertragbaren Theilschuldverschreibungen und die bücherliche Behandlung der für solche Theilschuldverschreibungen eingeräumten Hypothekarrechte, RGBl. Nr. 1874/49

L	=	Lehre
LCR	=	Liquidity Coverage Ratio
leg cit	=	legis citatae
Lfg	=	Lieferung
LGBl	=	Landesgesetzblatt
LGD	=	Verlustquote bei Ausfall (loss given default)
LGZ	=	Landesgericht für Zivilrechtssachen
LH	=	Landeshauptmann
lit	=	litera
Lit	=	Literatur
LSI(s)	=	Less Significant Institute(s)
lt	=	laut
ltv	=	loan to value
M	=	Laufzeit (Maturity)
Mapping-VO	=	CRR-Mappingverordnung BGBl II 2013/382
MaRisk	=	dt Mindestanforderungen an das Risikomanagement
maW	=	mit anderen Worten
max	=	maximal
mE	=	meines Erachtens
MEF	=	Mindesteigenmittelforderung
MEZ	=	mitteleuropäische Zeit
MietSg	=	Mietrechtliche Entscheidungen
MiFID	=	Richtlinie 2004/39/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 21. April 2004 über Märkte für Finanzinstrumente, zur Änderung der Richtlinien 85/611/EWG und 93/6/EWG des Rates und der Richtlinie 2000/12/EG des Europäischen Parlaments und des Rates und zur Aufhebung der Richtlinie 93/22/EWG des Rates, ABl L 2004/145, 1; Markets in Financial Instruments Directive
MiFID II	=	Richtlinie 2014/65/EU des Europäischen Parlaments und des Rates vom 15. 5. 2014 über Märkte für Finanzinstrumente sowie zur Änderung der Richtlinien 2002/92/EG und 2011/61/EU, ABl L 2014/173, 1
mind	=	mindestens
Mio	=	Million(en)
MMoU	=	Multilateral Memoranda of Understanding
mNw	=	mit Nachweisen
MONEYVAL	=	Committee of Experts on the Evaluation of Anti-Money Laundering Measures and the Financing of Terrorism
MoU	=	Memoranda of Understanding
Mrd	=	Milliarde(n)
MREL	=	Minimum Requirements of Own Funds and eligible Liabilities
MRG	=	Mietrechtsgesetz BGBl 1981/520
MRK	=	siehe EMRK

(LV/III)

Laurer/M. Schütz/Kammel/Ratka (Hrsg), BWG, Titelei

MS	= Mitgliedstaat
MTF	= Multilaterales Handelssystem (Multilateral Trading Facility)
Mündelsicher- heitsverordnung	= Verordnung des Bundesministers für Finanzen zur Durchführung des Bankwesengesetzes BGBl 1993/650
MV	= Mitarbeitervorsorge
mwN	= mit weiteren Nachweisen
NBG	= Nationalbankgesetz 1984 BGBl 1984/50
NCA	= National zuständige Behörde für die laufende Aufsicht (National Competent Authority); in Österreich die FMA
NCO	= Nettomittelabfluss
nF	= neue Fassung
NIFs	= Note Issuance Facilities
NL	= Niederlassung
NO	= Notariatsordnung RGBl 1871/75 (Legalabkürzung: BGBl I 2005/164)
NÖ	= Niederösterreich, niederösterreichisch, -e, -er, -es
Nov	= Novelle
Nr	= Nummer
NR	= Nationalrat
NRA	= National zuständige Behörde für die Abwicklung von Banken (National Resolution Authority); in Österreich die FMA
NSFR	= Net Stable Funding Ratio
NZ	= Österreichische Notariats-Zeitung
NZB	= Nationale Zentralbank
NZG	= (dt) Neue Zeitschrift für Gesellschaftsrecht
oa	= oben angeführte/n
oä	= oder ähnliche
ÖBA	= Österreichisches Bankarchiv
ÖCGK	= Österreichischer Corporate Governance Kodex
OCI	= Other Comprehensive Income
OECD	= Organization for Economic Co-Operation and Development
OeKB	= Österreichische Kontrollbank
OeNB	= Oesterreichische Nationalbank
OG	= Offene Gesellschaft
OGA	= Organismus für gemeinsame Anlagen
OGAW	= Organismen für gemeinsame Anlagen in Wertpapieren
OGAW-IV-RL	= siehe OGAW-RL
OGAW-RL	= Richtlinie 2009/65/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 13. 7. 2009 zur Koordinierung der Rechts- und Verwaltungsvorschriften betreffend bestimmte Organismen für gemeinsame Anlagen in Wertpapieren (OGAW), ABl L 2009/302, 32
OGH	= Oberster Gerichtshof
ÖJT	= Österreichischer Juristentag
ÖJZ	= Österreichische Juristenzeitung
ÖKB	= siehe OeKB
OLG	= Oberlandesgericht

Abkürzungsverzeichnis

ONA-V	=	Ordnungsnormenausweis-Verordnung BGBl II 2006/472
Online-IDV	=	Verordnung der Finanzmarktaufsichtsbehörde (FMA) über die video- gestützte Online-Identifikation von Kunden (Online-Identifikations- verordnung) BGBl II 2017/5
OÖ	=	Oberösterreich bzw oberösterreichisch, -e, -er, -es
opFA	=	Fortgeschrittener Ansatz zur Ermittlung des operationellen Risikos
opSTA	=	Standardansatz zur Ermittlung des operationellen Risikos
ORF-G	=	Bundesgesetz über den Österreichischen Rundfunk BGBl I 2001/83
OrgHG	=	Organhaftpflichtgesetz BGBl 1967/181
O-SIIs	=	Other Systemically Important Institutions
ÖSpZ	=	Österreichische Sparkassenzeitung
österr	=	österreichisch, -e, -er, -es
ÖStZ	=	Österreichische Steuer-Zeitung
ÖStZB	=	Die finanzrechtlichen Erkenntnisse des VwGH und des VfGH, Blg zur Österreichischen Steuer-Zeitung
OT1	=	Other Tier 1
OTC	=	Over the Counter
ÖVAG	=	Österreichische Volksbanken-AG
ÖZW	=	Österreichische Zeitschrift für Wirtschaftsrecht
P/L	=	Profit(s)/Loss(es)
PD	=	Ausfallswahrscheinlichkeit (probability default)
PEPs	=	Politisch Exponierte Personen
PersFrBVG	=	Bundesverfassungsgesetz vom 29. November 1988 über den Schutz der persönlichen Freiheit BGBl 1988/684
PersFrG	=	siehe PersFrBVG
PfandbriefG	=	Pfandbriefgesetz dRGBI I 1927, 492 (Legalabkürzung: BGBl I 2005/32)
PfBrG	=	siehe PfandbriefG
PKG	=	Pensionskassengesetz BGBl 1990/281
Pkt	=	Punkt
PolStG	=	Polizeistrafgesetz
Pos	=	Position
PostSpG	=	Postsparkassengesetz 1969 BGBl 1969/458
PRA	=	Prudential Regulation Authority
PRIPs	=	Packaged Retail Investment Products
PS	=	Prüfungsstandard
PSG	=	Privatstiftungsgesetz BGBl 1993/694
PSK	=	Postsparkasse
PSK-G	=	siehe PostSpG
RA	=	Rechtsanwalt
RÄG 2014	=	Rechnungslegungsänderungsgesetz BGBl 2015/22
RAO	=	Rechtsanwaltsordnung RGBI 1868/96
RAP	=	Rechnungsabgrenzungsposten
RAS	=	Risikobeurteilungssystem (Risk Assessment System)
RBA	=	Risk Based Approach
RdA	=	Recht der Arbeit (dt Zeitschrift)

(LX)

Laurer/M. Schütz/Kammel/Ratka (Hrsg), BWG, Titelei

RdW	=	Recht der Wirtschaft
REC	=	Recommendations
RegBegr	=	Regierungsbegründung
ResV	=	Verordnung der Finanzmarktaufsichtsbehörde (FMA) betreffend Reserven von Kreditinstituten (Reservenmeldungsverordnung) BGBl 1994/970
RFG	=	Recht & Finanzen für Gemeinden
RGBl	=	Reichsgesetzblatt
RL	=	Richtlinie
RLG	=	Rechnungslegung
RL-KG	=	Rechnungslegungs-Kontrollgesetz BGBl I 2013/21
Rs	=	Rechtssache
RSF	=	Required Stable Funding-Faktor
Rsp	=	Rechtsprechung
RTS	=	Technischer Regulierungsstandard (Regulatory Technical Standard)
RUFs	=	Revolving Underwriting Facilities
RV	=	Regierungsvorlage
RWA	=	risikogewichtete Aktiva (risk weighted assets)
RW-VG	=	Referenzwerte-Vollzugsgesetz BGBl I 2017/93
RWZ	=	Österreichische Zeitschrift für Rechnungswesen
Rz	=	Randzahl
RZ	=	Österreichische Richterzeitung
RZB	=	Raiffeisen Zentralbank
S	=	Schilling oder Seite
s	=	siehe
sa	=	siehe auch
Sbg-K	=	Salzburger Kommentar
Schulspär-SoV	=	Verordnung der Finanzmarktaufsichtsbehörde (FMA) über die Anwendbarkeit vereinfachter Sorgfaltspflichten im Bereich des Schulsparens (Schulsparen-Sorgfaltspflichtenverordnung) BGBl II 2017/2
SCE	=	Societas Cooperativa Europaea (Europäische Genossenschaft)
CEG	=	SCE-Gesetz BGBl I 2006/104
SchG	=	Scheckgesetz 1955 BGBl 1955/50
SE	=	Societas Europaea
SEC	=	Securities Exchange Commission
SEG	=	Statut der Europäischen Gesellschaft (Societas Europaea – SE) (SE-Gesetz) BGBl I 2004/67
SEP	=	Aufsichtliches Prüfungsprogramm (Supervisory Examination Programme)
SI(s)	=	Significant Institute(s)
SIC	=	Standard Interpretations Committee
SEi-APV	=	Verordnung der Finanzmarktaufsichtsbehörde (FMA) über die Anlage zum Prüfungsbericht für Sicherungseinrichtungen (Sicherungseinrichtungen-APV) BGBl II 2015/344
SEi-MV	=	Verordnung der Finanzmarktaufsichtsbehörde (FMA) über die Meldungen von Sicherungseinrichtungen (Sicherungseinrichtungen-Meldevorordnung) BGBl II 2015/391

Abkürzungsverzeichnis

SiEi-StrV	=	Verordnung der Finanzmarktaufsichtsbehörde (FMA) über den Inhalt und die Gliederung der von Sicherungseinrichtungen zu übermittelnden Ergebnisse ihrer Stresstests (Sicherungseinrichtungen-Stresstestverordnung) BGBl II 2016/370
SK-EMV	=	Verordnung der Finanzmarktaufsichtsbehörde (FMA) über die Meldung der Eigenmittel von Verwaltungsgesellschaften, Kapitalanlagegesellschaften für Immobilien sowie Betrieblichen Vorsorgekassen (Sonderkreditinstitute-Eigenmittelmeldeverordnung) BGBl II 2015/79
SK-MV	=	102. Verordnung der Finanzmarktaufsichtsbehörde (FMA), mit der die Sonderkreditinstitute-Meldeverordnung erlassen wird, die Betriebliche Vorsorgekassen Quartalsausweisverordnung, die Vermögens-, Erfolgs- und Risikoausweis-Verordnung und die Jahres- und Konzernabschluss-Verordnung geändert werden und die Sonderkreditinstitute-Eigenmittelmeldeverordnung aufgehoben wird BGBl II 2021/102
so	=	siehe oben
sog	=	sogenannt, -e, -er, -es
Solva II	=	Richtlinie 2009/138/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 25. November 2009 betreffend die Aufnahme und Ausübung der Versicherungs- und der Rückversicherungstätigkeit (Solvabilität II), ABl L 2009/335, 1
SolvaV	=	Solvabilitätsverordnung BGBl II 2006/374
SpaltG	=	Spaltungsgesetz BGBl 1996/304
SparkassenG	=	Sparkassengesetz BGBl 1979/64; siehe auch SpG
SPes	=	Special Purpose Entities
SpG	=	Sparkassengesetz BGBl 1979/64; siehe auch SparkassenG
Spk	=	Sparkasse(n)
SPOC	=	Single Point of Contact
SPPI	=	Solely Payments of Principal and Interest
SPRW	=	Spektrum der Rechtswissenschaft
SPV	=	Special Purpose Vehicle
SpVV	=	Verordnung der Finanzmarktaufsichtsbehörde (FMA) über die Identifizierung von Sparvereinsmitgliedern (Sparvereinverordnung) BGBl II 2015/62 idgF
SRB	=	Einheitliche Europäische Abwicklungsbehörde (Board oder Single Resolution Board)
SREP	=	Aufsichtlicher Überprüfungs- und Bewertungsprozess (Supervisory Review and Evaluation Process)
SRI	=	Systemrelevantes Institut
SRM	=	Einheitlicher Abwicklungsmechanismus (Single Resolution Mechanism)
SRMR	=	siehe SRM-V(O)
SRM-V(O)	=	Verordnung (EU) 806/2014 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 15. 7. 2014 zur Festlegung einheitlicher Vorschriften und eines einheitlichen Verfahrens für die Abwicklung von Kreditinstituten und bestimmten Wertpapierfirmen im Rahmen eines einheitlichen Abwicklungsmechanismus und eines einheitlichen Abwicklungsfonds so-

(LXII)

Laurer/M. Schütz/Kammel/Ratka (Hrsg), BWG, Titelei

	wie zur Änderung der Verordnung (EU) 1093/2010, ABl 2014/225, 1; Single Resolution Mechanism Regulation
SRMV-Anpassungsgesetz	= Änderung des Sanierungs- und Abwicklungsgesetzes, des Bankwesengesetzes, des Finanzmarktaufsichtsbehörden-gesetzes, des Einlagensicherungs- und Anlegerentschädigungsgesetzes, des Nationalbankgesetzes 1984 und des Versicherungsaufsichtsgesetzes 2016 BGBl I 2015/159
SRP	= Supervisory Review Process
SSM	= Einheitlicher Europäischer Aufsichtsmechanismus (Single Supervisory Mechanism)
SSM-Leitfaden	= Interinstitutionelle Vereinbarung 2013/694/EU zwischen dem Europäischen Parlament und der Europäischen Zentralbank über die praktischen Modalitäten für die Ausübung der demokratischen Rechenschaftspflicht und die Kontrolle über die Wahrnehmung der der EZB im Rahmen des einheitlichen Aufsichtsmechanismus übertragenen Aufgaben, ABl L 2013/320, 1
SSM-Rahmen-V(O)	= Verordnung (EZB/2014/17) der Europäischen Zentralbank vom 16. 10. 2014 zur Errichtung eines Rahmenwerks für die Zusammenarbeit zwischen der Europäischen Zentralbank und den nationalen zuständigen Behörden und den nationalen benannten Behörden innerhalb des einheitlichen Aufsichtsmechanismus (SSM-Rahmenverordnung), ABl L II 2014/141, 1
SSM-V(O)	= Verordnung (EU) 2013/1024 des Rates vom 15. 10. 2013 zur Übertragung besonderer Aufgaben im Zusammenhang mit der Aufsicht über Kreditinstitute auf die Europäische Zentralbank, ABl L 2013/287, 63
StA	= Staatsanwalt, -schaft
StbG	= Staatsbürgerschaftsgesetz 1985 BGBl 1985/311
STDM-V 2016	= Verordnung der Finanzmarktaufsichtsbehörde (FMA) zur Stammdatenmeldung (Stammdatenmel-dungsverordnung 2016) BGBl II 2016/371
StGB	= Strafgesetzbuch BGBl 1974/60
StGG	= Staatsgrundgesetz RGBl 1867/142
StMV	= Standard- und Muster-Verordnung 2004 BGBl II 2004/312
StPO	= Strafprozessordnung 1975 BGBl 1975/631
str	= strittig
stRsp	= ständige Rechtsprechung
STS	= Safe Transparent Standardized
STS-VVG	= STS-Verbriefungsvollzugsgesetz BGBl I 2018/76
sublit	= sublittera
SV	= Sachverhalt oder Sachverständige
SWK	= Österreichische Steuer- und Wirtschaftskartei
SWP-Aktuell	= (dt) Zeitschrift der Stiftung Wissenschaft und Politik
SZ	= Entscheidungen des österreichischen Obersten Gerichtshofes in Zivil-(und Justizverwaltungs-)sachen
T1	= Tier 1
T2	= Tier 2
taxlex	= Zeitschrift für Steuer und Beratung

Abkürzungsverzeichnis

TilgG	=	Tilgungsgesetz 1972 BGBl 1972/68
TKG	=	Telekommunikationsgesetz 2003 BGBl 2003/70
TP	=	Tarifpost
TransV 2018	=	Verordnung der Finanzmarktaufsichtsbehörde (FMA) über Inhalte von Zwischenberichten, Meldungen über Änderungen bedeutender Beteiligungen und die Gleichwertigkeit von vorgeschriebenen Informationen aus Drittländern (Transparenz-Verordnung 2018) BGBl II 2017/392
tw	=	teilweise
u	=	und
ua	=	unter anderem, und andere
UA	=	Unterabsatz
uÄ	=	und Ähnliche/s
uam	=	und andere, -s mehr
ÜbG	=	Übernahmegesetz BGBl I 1998/127
ÜbK	=	Übernahmekommission
UCITS	=	Undertakings for Collective Investment in Transferable Securities; siehe auch OGAW
UCITS-IV	=	siehe OGAW-RL
udgl	=	und dergleichen
uE	=	unseres Erachtens
UFS	=	Unabhängiger Finanzsenat
UGB	=	Unternehmensgesetzbuch dRGBL. S 219/1897 (bis BGBl I 2005/120: HGB)
UK	=	Vereinigtes Königreich (United Kingdom)
UmgrStG	=	Umgründungssteuergesetz BGBl 1991/699
UN	=	Vereinte Nationen (United Nations)
Unterabs	=	siehe UA
URÄG	=	Unternehmensrechts-Änderungsgesetz BGBl I 2008/70
UrhG	=	Urheberrechtsgesetz BGBl 1936/111
US-GAAP	=	United States Generally Accepted Accounting Principles
UStG	=	Umsatzsteuergesetz 1994 BGBl 1994/663
uU	=	unter Umständen
uva	=	und viele andere
UVS	=	Unabhängige(r) Verwaltungssenat(e) BGBl 1995/855
UWG	=	BG gegen den unlauteren Wettbewerb 1984 BGBl 1984/448
v	=	von, vom
V	=	Verordnung
v Chr	=	vor Christus
va	=	vor allem
VAG	=	Versicherungsaufsichtsgesetz BGBl 1978/569
VaR	=	Value-at-Risk
VbVG	=	Verbandsverantwortlichkeitsgesetz BGBl 2005/151
VERA-V	=	Verordnung der Finanzmarktaufsichtsbehörde (FMA) zum Vermögens-, Erfolgs- und Risikoaussweis (Vermögens-, Erfolgs- und Risiko-aussweis-Verordnung) BGBl II 2006/471

(LXIV)

Laurer/M. Schütz/Kammel/Ratka (Hrsg), BWG, Titelei

VerG	=	Vereinsgesetz 2002 BGBl I 2002/66
Verh	=	Verhandlung
verstSen	=	verstärkter Senat
Veröffentli- chungsV 2018	=	Verordnung der Finanzmarktaufsichtsbehörde (FMA) über den Inhalt und die Form der Veröffentlichungen im Zusammenhang mit dem Rückerwerb und/oder der Veräußerung eigener Aktien sowie der Einräumung von Aktienoptionen (Veröffentlichungsverordnung 2018) BGBl II 2018/13
VfGG	=	Verfassungsgerichtshofgesetz 1953 BGBl 1953/85 (Legalabkürzung: BGBl I 2001/136)
VfGH	=	Verfassungsgerichtshof
VfSlg	=	Sammlung der Erkenntnisse und wichtigsten Beschlüsse des Verfassungsgerichtshofes
vgl	=	vergleiche
vH	=	von Hundert
VKrG	=	Verbraucherkreditgesetz BGBl I 2010/28
VO	=	Verordnung
VoraufI	=	Vorauflage
Vorbem	=	Vorbemerkung(en)
VO-UA	=	Verfahrensordnung für parlamentarische Untersuchungsausschüsse (Anlage 1 des Bundesgesetzes vom 4. Juli 1975 über die Geschäftsordnung des Nationalrates [Geschäftsordnungsgesetz 1975] BGBl 1975/410)
VStG	=	Verwaltungsstrafgesetz 1991 BGBl 1991/52
VTDM-V	=	Verlustdatenmeldungs-Verordnung BGBl II 2006/473
VVaG	=	Versicherungsverein(e) auf Gegenseitigkeit
VVG	=	Verwaltungsvollstreckungsgesetz 1991 BGBl 1991/53
VWG	=	Verwaltungsgesellschaft
VwG	=	Verwaltungsgericht
VwGG	=	Verwaltungsgerichtshofgesetz 1985 BGBl 1985/10
VwGH	=	Verwaltungsgerichtshof
VwGVG	=	Verwaltungsgerichtsverfahrensgesetz BGBl I 2013/33
VZKG	=	Verbraucherzahlungskontogesetz BGBl I 2016/35
VZKDV	=	Verordnung der Finanzmarktaufsichtsbehörde (FMA) über die repräsentativsten mit einem Zahlungskonto verbundenen Dienste im Sinne des Verbraucherzahlungskontogesetzes (Verbraucherzahlungskonto-Diensteverordnung) BGBl II 2018/60
WAG	=	Wertpapieraufsichtsgesetz BGBl 1996/753
WAG 2007	=	Wertpapieraufsichtsgesetz 2007 BGBl 2007/60
WAG 2018	=	Wertpapieraufsichtsgesetz 2018 BGBl I 2017/107
WBIB	=	Bundesgesetz über die Einrichtung einer Wohnbauinvestitionsbank BGBl I 2015/157
wbl	=	Wirtschaftsrechtliche Blätter, Beilage zu Juristische Blätter
WG	=	Wechselgesetz 1955 BGBl 1955/49
WGG	=	Wohnungsgemeinnützigkeitsgesetz BGBl 1979/139
WiEReG	=	Wirtschaftliche Eigentümer Registergesetz BGBl I 2017/136
WK	=	Wiener Kommentar

Abkürzungsverzeichnis

WKG	=	Wirtschaftskammergesetz 1998 BGBl 1998/103
WKO	=	Wirtschaftskammer Österreich
WKStA	=	Zentrale Staatsanwaltschaft zur Verfolgung von Wirtschaftsstrafsachen und Korruption
WM	=	(dt) Zeitschrift für Wirtschafts- und Bankrecht
WP	=	Wertpapier, -e oder Wirtschaftsprüfer
WPDLU	=	Wertpapierdienstleistungsunternehmen
WPF	=	Wertpapierfirma
WPg	=	Die Wirtschaftsprüfung
WPS	=	Working Paper Series
Wrong-Way-Risk	=	Korrelationsrisiko
WTBG	=	Wirtschaftstreuhandberufsgesetz BGBl I 2013/121
WV	=	Wiederverlautbarung
YTD	=	Year to Date
Z	=	Ziffer, Zahl
ZaDiG	=	Zahlungsdienstegesetz BGBl I 2009/66
ZAS	=	Zeitschrift für Arbeitsrecht und Sozialrecht
zB	=	zum Beispiel
ZBB	=	siehe ZBB/JBB
ZBB/JBB	=	(dt) Zeitschrift für Bankrecht und Bankwirtschaft/Journal of Banking Law and Banking
ZfgG	=	(dt) Zeitschrift für das gesamte Genossenschaftswesen
ZfgK	=	(dt) Zeitschrift für das gesamte Kreditwesen
ZfR	=	Zeitschrift für Finanzmarktrecht
ZfV	=	Zeitschrift für Verwaltung
ZfVB	=	Die administrativrechtlichen Entscheidungen des VwGH und die verwaltungsrechtlich relevanten Entscheidungen des VfGH in lückenloser Folge (Beilage zur ZfV)
ZGVG	=	Zentrale Gegenparteien-Vollzugsgesetz BGBl I 2012/97
ZI	=	Zahlungsinstitut oder Zentralinstitut
ZIK	=	Zeitschrift für Insolvenzrecht und Kreditschutz
ZIR	=	Zeitschrift für Informationsrecht
zit	=	zitiert
ZKR	=	Zentrales Kreditregister
ZKR-AustauschV	=	Zentralkreditregister-Austauschverordnung BGBl II 2005/299
ZKRM-V	=	Zentralkreditregistermeldungs-Verordnung BGBl II 2006/475
ZO	=	Zentralorganisation
ZP	=	Zusatzprotokoll
ZPO	=	Zivilprozessordnung RGBl 1895/113
zT	=	zum Teil
zust	=	zustimmend
ZustG	=	Zustellgesetz BGBl 1982/200
ZVDL	=	Zahlungsverkehrsdienstleister
ZVR	=	Zentrales Vereinsregister oder Zeitschrift für Verkehrsrecht
ZvVG	=	Zentralverwahrer-Vollzugsgesetz BGBl I 2015/69

(LXVI)

Laurer/M. Schütz/Kammel/Ratka (Hrsg), BWG, Titelei

Verzeichnis der abgekürzt zitierten Literatur

- Apathy/Iro/Koziol* (Hrsg), Österreichisches Bankvertragsrecht. Band I: Geschäftsbeziehung² (2006)
- Apathy/Iro/Koziol* (Hrsg), Österreichisches Bankvertragsrecht. Band VI: Kapitalmarkt² (2007)
- Apathy/Iro/Koziol* (Hrsg), Österreichisches Bankvertragsrecht. Band II: Konto und Depot² (2008)
- Apathy/Iro/Koziol* (Hrsg), Österreichisches Bankvertragsrecht. Band III: Zahlungsverkehr² (2008)
- Apathy/Iro/Koziol* (Hrsg), Österreichisches Bankvertragsrecht. Band V: Akkreditiv und Garantie² (2009)
- Apathy/Iro/Koziol* (Hrsg), Österreichisches Bankvertragsrecht. Band IX: Kreditsicherheiten – Teil II (2011)
- Apathy/Iro/Koziol* (Hrsg), Österreichisches Bankvertragsrecht. Band IV: Kreditgeschäft² (2012)
- Apathy/Iro/Koziol* (Hrsg), Österreichisches Bankvertragsrecht. Band VIII: Kreditsicherheiten – Teil I (2012)
- Apathy/Iro/Koziol* (Hrsg), Österreichisches Bankvertragsrecht. Band VII: Leasing, Factoring und Forfaitierung² (2014)
- Avancini/Iro/Koziol*, Österreichisches Bankvertragsrecht I (1987)
- Bollenberger/Oppitz* (Hrsg), Österreichisches Bankvertragsrecht I. Geschäftsbeziehung, Bankgeheimnis und Bankauskunft³ (2019)
- Boos/Fischer/Schulte-Mattler*, KWG, CRR-VO. Kommentar zu Kreditwesengesetz, VO (EU) Nr. 575/2013 (CRR) und Ausführungsvorschriften⁵ (2016)
- Borns/Hofinger*, Der Genossenschaftsverbund. Die Alternative zum Konzern, Schultze-Dehlisch Schriftenreihe Band 22 (2000)
- Brandl/Saria* (Hrsg), Wertpapieraufsichtsgesetz 2018 – Kommentar² (ab 2018)
- Chini/Oppitz*, BWG. Kommentar (2011)
- Chini/Oppitz*, BWG/CRR – Kommentar II² (2018)
- Dellinger* (Hrsg), Bankwesengesetz. Kommentar (ab 2007)
- Dellinger/Blume*, CRR-Kommentar (ab 2018)
- Diwok/Göth*, Bankwesengesetz (2005)
- FMA/OeNB*, Handbuch zur Bankenaufsicht in Österreich (2008)
- Hartmann-Wendels/Pfingsten/Weber*, Bankbetriebslehre⁷ (2019)
- Kammel*, Einführung in das Bank- und Kapitalmarktrecht² (2019)
- Luz/Neus/Schaber/Schneider/Wagner/Weber* (Hrsg), KWG und CRR. Kommentar zu KWG, CRR, SolvV, WuSolvV, GroMiKV, LiqV und weiteren aufsichtsrechtlichen Vorschriften³ (2015), Ergänzungsband (2019)
- Oppitz*, Kapitalmarktaufsicht (2017)
- Pauger*, Österreichisches Bankrecht (1989)
- Weiss/Kammel* (Hrsg), The Changing Landscape of Global Financial Governance and the Role of Soft Law (2015)

